



Kanton Zürich
Regierungsrat

Geschäftsbericht 2019

Teil I: Regierungsrat



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Schwerpunkte des Regierungsrates	4
01 Öffentliche Sicherheit	5
02 Bildung	7
03 Kultur und Freizeit	10
04 Gesundheit	11
05 Gesellschaft und soziale Sicherheit	13
06 Verkehr	16
07 Umwelt und Raumordnung	19
08 Volkswirtschaft	21
09 Finanzen und Steuern	24
10 Allgemeine Verwaltung	26
Finanzen im Überblick	30
Eckwerte	30
Erläuterungen	32
Ressourcen	34
Personal	34
Immobilien	36
Informatik	39
Allgemeiner Geschäftsgang	41
Rechtsetzung	42
Gesetze	42
Verordnungen (Auswahl)	43
Finanzvorlagen	44
Volksabstimmungen	46
Impressum	47

Der Geschäftsbericht des Regierungsrates besteht aus drei Teilen:
Teil I: Regierungsrat (vorliegend)
Teil II: Direktionen und Staatskanzlei
Teil III: Finanzbericht

Sämtliche Inhalte sind in elektronischer Form auf folgender
Internetseite abrufbar:
zh.ch/gb



Zürich ist ein fortschrittlicher Kanton. Der Geschäftsbericht 2019 zeigt dies eindrücklich. Angefangen bei der Bildung, wo heute in fast allen Schulzimmern und auch in Kindergärten digitale Hilfsmittel zum Lehr- und Lernalltag gehören, über den Einsatz modernster Technologie zur Gewährleistung der Sicherheit in unserem Kanton bis hin zu Forschung und Innovation in der Kantonsapotheke, die im Berichtsjahr für ihre ausserordentlichen Leistungen eine internationale Auszeichnung erhalten hat. Fortschritt ist auch in Zukunft unerlässlich, wenn unser Kanton als Wirtschaftsmotor der Schweiz und internationaler Standort wettbewerbsfähig bleiben möchte. Obwohl 2019 das wirtschaftliche Umfeld mit drohender Rezession, globalem Handelsstreit, angekündigtem Brexit und EU-Rahmenvertrag alles andere als stabil war, zeigten sich die Zürcher Wirtschaft und unser Arbeitsmarkt robust. Die Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr nahm sogar zu. Der Wirtschaftsstandort Zürich wurde von der Europäischen Kommission gar zur innovativsten Region Europas ge-

kürt. Diesem Vorsprung müssen wir Sorge tragen, indem auch die kantonale Verwaltung in den Fortschritt investiert, und zwar in allen Direktionen: natürlich immer zum Nutzen der Bevölkerung und für eine nachhaltige Entwicklung unseres Standorts. Daran arbeiten unsere 35 000 Mitarbeitenden Tag für Tag, wofür ich ihnen im Namen der Regierung herzlich danke. Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat Ziele für die neue vierjährige Legislatur definiert: Wir wollen die Digitalisierung nutzen und sinnvoll einsetzen, das Bevölkerungs- und Mobilitätswachstum bewältigen und zum Klimaschutz beitragen. Damit Zürich auch in vier Jahren ein fortschrittlicher Kanton ist, in dem man gerne lebt und für den man gerne arbeitet.

Carmen Walker Späh
Regierungspräsidentin des Kantons Zürich



Von links: Dr. Kathrin Arioli (Staatsschreiberin), Natalie Rickli, Mario Fehr, Dr. Silvia Steiner (Vizepräsidentin 2019/2020), Carmen Walker Späh (Präsidentin 2019/2020), Ernst Stocker, Jacqueline Fehr, Dr. Martin Neukom

Schwerpunkte des Regierungsrates

Abschluss der Legislaturperiode 2015–2019

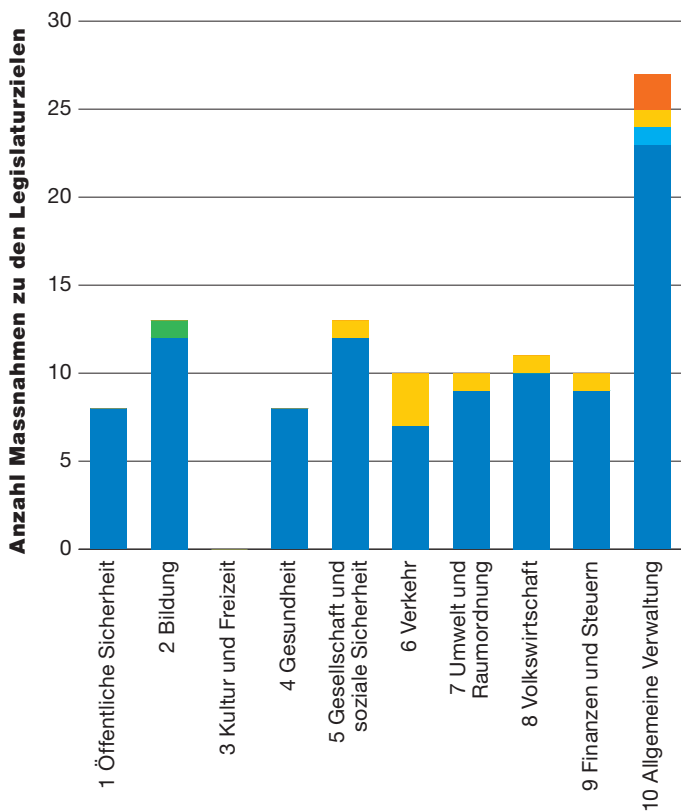
Die Legislaturperiode 2015–2019 wurde im Berichtsjahr abgeschlossen. Von den insgesamt 110 Massnahmen der Richtlinien der Regierungspolitik sind 98 abgeschlossen und eine teilweise abgeschlossen. Wie vom Regierungsrat beschlossen, läuft die Umsetzung einer Massnahme über die Legislatur hinaus. Sie verläuft planmässig. Acht Massnahmen sind verzögert, auf zwei wurde verzichtet. Die untenstehende Grafik zeigt diese Umsetzungsstände, aufgeschlüsselt nach Politikbereich.

Beginn der Legislaturperiode 2019–2023

Der Regierungsrat hat im Juli des Berichtsjahres zehn neue Legislaturziele mit 53 Massnahmen vorgelegt. Bis 2023 möchte er dieses politische Programm gemeinsam mit der Bevölkerung, der Politik und der Verwaltung erfolgreich umsetzen.

Abbildung 1: Massnahmen der Legislaturperiode 2015–2019 nach Umsetzungsstand

- Verzicht (2)
- Verzögert (8)
- Planmässig (1)
- Teilweise abgeschlossen (1)
- Abgeschlossen (98)



01 Öffentliche Sicherheit

Konsequent gegen Gewalt an Frauen

Polizistinnen und Polizisten rücken täglich rund 15-mal wegen Fällen von häuslicher Gewalt aus. Die Polizei und die Staatsanwaltschaften, die Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt, die Jugendanwaltschaften, die Kantonale Opferhilfestelle und die Opferberatungsstellen, Frauenhäuser und weitere Akteure engagieren sich gemeinsam gegen alle Formen der Gewalt.

Der Regierungsrat untermauerte im Berichtsjahr seine Nulltoleranzhaltung gegenüber Gewalt an Frauen. Die bereits bestehende Fokussierung auf Gewaltprävention wurde akzentuierter auf die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen ausgerichtet. Dazu wurde unter anderem die bei der Kantonspolizei angesiedelte Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt personell verstärkt. Zeitgleich wurde eine Reihe laufender Massnahmen zur Verbesserung der Situation von Opfern intensiviert. So beschloss der Regierungsrat, die Opferberatungsstellen künftig mit 7,5 Mio. statt wie bisher mit 6 Mio. Franken zu unterstützen. Auch die Frauenhäuser werden finanziell stärker unterstützt und so gestärkt.

Entwicklungsplan für die Staatsanwaltschaft

Die Arbeitsbelastung der Zürcher Staatsanwaltschaft ist im Laufe der letzten zehn Jahre markant gestiegen. So nahm das Fallaufkommen in diesem Zeitraum um 11 Prozent zu. Gründe für die steigende Arbeitslast waren unter anderem der Ausbau des Strafrechts oder neue Phänomene wie der rasante Anstieg der Cyberkriminalität. Die Entwicklung des Personalbestandes hielt damit jedoch nicht Schritt.

Auch in Zukunft zeichnet sich eine weitere Zunahme der Arbeitsbelastung ab, unter anderem wegen des prognostizierten Bevölkerungswachstums im Kanton. Mit dem im Berichtsjahr veröffentlichten Entwicklungsplan hat die Zürcher Staatsanwaltschaft ein langfristiges Planungs- und Steuerungsinstrument geschaffen, um den künftigen Personalbedarf präziser abschätzen zu können. Bis 2026 geht die Staatsanwaltschaft von einem zusätzlichen Stellenbedarf von insgesamt rund 15 Prozent aus.

Jugendkriminalität im digitalen Raum

Jugendliche agieren im digitalen Raum oft impulsiv, zeitweise überfordert und ohne an allfällige Konsequenzen zu denken. Konflikte, die früher auf dem Pausenplatz stattfanden, haben im digitalen Raum einen neuen Schauplatz gefunden – mit einer grösseren Öffentlichkeit und weitreichenden Folgen für die Opfer. Die jährliche Erhebung der Oberjugendanwaltschaft zeigte im Berichtsjahr jedoch, dass Ehrverletzungen, Drohung und Nötigung wieder vermehrt offline stattfinden. Trotzdem wäre es verfrüht, von einer Trendwende zu sprechen, da sich viele Jugendliche der Tragweite ihres Verhaltens im digitalen Raum zu wenig bewusst sind. So hat die Zahl der wegen Gewaltdarstellungen oder Pornografie verzeigten Jugendlichen denn auch zugenommen. Auffallend ist, dass mehr Minderjährige pornografisches Material von sich selbst erstellen.

Die Digitalisierung wirkt sich stark auf die Polizeiarbeit aus: Nicht nur **Cybercrime**

ist ein Thema, auch die **Spurensicherung** passt sich an. So betreibt das Forensische Institut zusammen mit dem Institut für Rechtsmedizin eine

Fotobox für professionelle Ganzkörperaufnahmen in 3D.



Legislaturziel RRZ 1.1: Die Kriminalität ist trotz Bevölkerungswachstums reduziert

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 1.1a Auf kurzfristige Kriminalitätsschwerpunkte mit gezielten Aktionen reagieren</p> <p>Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.</p>	Abgeschlossen	DS
<p>RRZ 1.1b Gewaltorientierte Straftaten mit Präventionskonzepten und frühzeitiger Intervention verringern</p> <p>Die Umsetzung des Kantonalen Bedrohungsmanagements wurde im Rahmen des regierungsrätlichen Schwerpunktes Gewaltprävention gefestigt (siehe Seite 5). Die Arbeitsabläufe wurden weiter optimiert, organisatorische Strukturen sinnvoll ergänzt und bestehende Lücken geschlossen. Das Bedrohungsmanagement-Netzwerk umfasst heute rund 550 Ansprechpersonen bei allen relevanten Behörden und Institutionen. Die Angebote der Fachstelle «Forensic Assessment und Risk Management» zur Risikoeinschätzung werden von Staatsanwaltschaft und Polizei stark beansprucht und unterstützen die Strafverfolgung erheblich. Die Fachstelle hat aufgrund der starken Beanspruchung ihre Kapazitätsgrenze überschritten, sodass im Bereich der Ressourcen Massnahmen ergriffen werden müssen. Die im Vorjahr eingeführten Abläufe in der Falltrigierung wurden wie geplant einer Evaluation unterzogen und Prozesse angepasst sowie optimiert. In verstärkter Zusammenarbeit mit anderen Behörden konnten gefährdete Jugendliche frühzeitig erkannt werden.</p>	Abgeschlossen	JI, DS
<p>RRZ 1.1c Früherkennung und Bekämpfung der Entwicklung junger Menschen zur Bereitschaft für Straftaten</p> <p>Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.</p>	Abgeschlossen	DS
<p>RRZ 1.1d Vermögenskriminalität mit innovativen Methoden präventiv und repressiv bekämpfen</p> <p>Durch systematischen Konkursmissbrauch entstehen Privaten und Gemeinwesen enorme finanzielle Schäden. Durch die enge Vernetzung von Staatsanwaltschaft und Polizei mit den Betreibungs- und Konkursämtern wurden die Möglichkeiten der frühzeitigen Erkennung solcher Delikte und konsequenter Ahndung erheblich verbessert. Ein standardisiertes und koordiniertes Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden ist zudem auch im interkantonalen Verhältnis entwickelt worden.</p>	Abgeschlossen	JI, DS
<p>RRZ 1.1e Früherkennung und Bekämpfung neuer Entwicklungen bandenmässiger Deliktbegehung verstärken</p> <p>Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.</p>	Abgeschlossen	DS

Legislaturziel RRZ 1.2: Auf aktuelle Kriminalitätsentwicklungen wird wirksam reagiert und die Deliktahndung erfolgt rasch und konsequent

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 1.2a Bekämpfung der Internetkriminalität verstärken</p> <p>Neben der Umsetzung des Regierungsratsbeschlusses zur Verstärkung der personellen Ressourcen zur Bekämpfung von Cybercrime wurden interkantonale Absprachen, insbesondere jene mit dem Bund, getroffen. Initiiert wurde die Überarbeitung der Verwaltungsvereinbarung KOBİK aus dem Jahr 2001. Auf operativer Stufe umgesetzt wurde das sogenannte Cyberboard, ein interkantonales Gremium, zusammengesetzt aus einer Cyber-Single-Point-of-Contact-Staatsanwältin oder einem -Staatsanwalt pro Kanton, in dem auf justizieller Ebene, unter Einbezug des Netzwerks «Ermittlungsunterstützung digitale Kriminalität», gesamtschweizerisch Cybercrime-Phänomene diskutiert, koordiniert und interkantonale Zuständigkeitsfragen einvernehmlich geregelt werden.</p>	Abgeschlossen	JI, DS
<p>RRZ 1.2b Die festgelegten Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung umsetzen</p> <p>Siehe Kommentare zu den Entwicklungsschwerpunkten RRZ 1.1b, RRZ 1.1d, RRZ 1.2a und RRZ 1.2c. Darüber hinaus kann mit den vom Regierungsrat bewilligten zusätzlichen Stellen zur Bekämpfung der Para-Wirtschaftskriminalität der Teilschwerpunkt nun abgeschlossen werden.</p>	Abgeschlossen	JI, DS
<p>RRZ 1.2c Die Zusammenarbeit zwischen allen Strafverfolgungsbehörden optimieren</p> <p>Oberstaatsanwaltschaft und Kantonspolizei haben einen direkten strategischen Dialog im Rahmen von vierteljährlichen Lagebesprechungen etabliert. Dabei werden gegenseitig aktuelle Informationen von gesamtbetrieblicher Bedeutung ausgetauscht und strategischer Entscheidungsbedarf geprüft. Die Feedbackkultur unter den Strafverfolgungsbehörden wurde durch vermehrte Vernetzungstreffen von Kademern der Regionalen Staatsanwaltschaften und der Polizei zwecks Besprechung spezifischer Fälle und allgemeiner Fragestellungen, die unter anderem der Anpassung von Praktiken bzw. Vorgehensweisen an die neueste höchstrichterliche Rechtsprechung dienen, gestärkt. Zudem finden in allen Untersuchungen nach der Zustellung des Ermittlungsauftrages durch die Staatsanwaltschaften an die Polizei regelmässig Treffen von Verfahrensleitung und Sachbearbeitung statt, anlässlich deren das gemeinsame Vorgehen bzw. die Fallplanung festgelegt wird. Die Zusammenarbeit zwischen der Jugendstrafrechtspflege und der Staatsanwaltschaft sowie den Polizeikörpern und ihren Jugenddiensten wurde insbesondere in den Bereichen der vernetzten Kriminalität sowie Extremismus und Terrorismusabwehr sowohl innerhalb des Kantons als auch auf Bundesebene ausgebaut.</p>	Abgeschlossen	JI

02 Bildung

**Fit für die digitale Zukunft:
Seit dem Schuljahr 2019/2020
werden alle Schülerinnen und
Schüler ab der 5. Primarklasse
im Fach Medien und
Informatik unterrichtet.
Bereits in den unteren Stufen
werden regelmässig digitale
Hilfsmittel im Unterricht eingesetzt.**

Kindergarten stärken

Der Monitoringbericht «Situation des Kindergartens im Kanton Zürich» wurde im Berichtsjahr herausgegeben. Auf der Grundlage einer breit abgestützten Situationsanalyse wurden zwölf Felder identifiziert, in denen die Befunde auf Handlungsbedarf hinweisen, wie beispielsweise bezüglich der Anstellungs- und Ausbildungsbedingungen der Kindergartenlehrpersonen oder des Umgangs mit heterogenen Lernvoraussetzungen.

Aufgrund der Resultate des Berichts wurden mehrere Projekte gestartet. Im Rahmen des Projekts «Frühbereich – Volksschule» werden gemeinsam mit Beteiligten aus dem Schulfeld und dem Frühbereich Verbesserungen der Übergänge vom Frühbereich in den Kindergarten und vom Kindergarten in die Volksschule erarbeitet. Die pädagogische Weiterentwicklung des Kindergartens wird mit Fachtagungen unterstützt. Zudem sollen die Anstellungsbedingungen der Kindergartenlehrpersonen weiterentwickelt werden. Lehrerinnen und Lehrer im Kindergarten und in der Primarschule sollen künftig denselben Lohn erhalten, wenn sie dieselben beruflichen Qualifikationen besitzen. Die Vernehmlassung zur Änderung der gesetzlichen Bestimmungen wurde im Herbst des Berichtsjahres eröffnet.

Digitaler Wandel Sekundarstufe II

Im März des Berichtsjahres legte der Regierungsrat die Strategie «Digitaler Wandel an kantonalen Schulen der Sekundarstufe II» fest. Die Strategie besteht aus zwei Teilprojekten. Mit der Teilstrategie «IKT Sek II» soll die Informations- und Kommunikationstechnologie für die Mittel- und Berufsfachschulen technisch und organisatorisch standardisiert sowie der Datenschutz und die Datensicherheit neu organisiert werden. Die Aufbauarbeiten erfolgen im Rahmen der kantonalen Informations- und Kommunikationstechnologie-Strategie. Mit der Teilstrategie «Bildung im digitalen Umfeld» soll den Schülerinnen und Schülern sowie den Lernenden das zeitgemässe Lernen im digitalen Umfeld ermöglicht werden. Um neue Formen des Lehrens und Lernens zu fördern und zu verbreiten, soll die Vernetzung der Schulen untereinander und mit dem Hochschulumfeld verstärkt werden. Erste Umsetzungsarbeiten wurden im Berichtsjahr aufgenommen. So startete beispielsweise der Pilotbetrieb des «Digital Learning Hub Sek II» im Oktober. Mithilfe dieser Drehscheibe können digital affine Lehrpersonen der Sekundarstufe II miteinander vernetzt werden, um sich über digitale Unterrichtsprojekte und deren Adaptierung auf den eigenen Unterricht auszutauschen.

Bildung von Kompetenzzentren an den Berufsfachschulen

An den 29 Berufsfachschulen des Kantons werden über 200 Berufe gelehrt. Welcher Beruf an welcher Schule unterrichtet wird, beruht auf einer historisch gewachsenen Berufszuteilung. Diese ist nicht mehr zeitgemäss. Für gewisse Berufe gibt es heute im Verhältnis zur Anzahl Lernender zu viele Standorte, was wiederum zu kleinen Unterrichtsklassen führt.

Das 2018 gestartete Projekt «Kompetenzzentren» bezweckt die Verbesserung der Berufszuteilung, um die Schulen für künftige Herausforderungen aufzustellen. Dazu sollen die Kompetenzen an den Schulen gebündelt, der Schulraum optimal genutzt und gleichzeitig die Regionen gestärkt werden. Die Schulen sollen sich pädagogisch und fachlich optimal entwickeln können und gleichzeitig finanziell und organisatorisch solide ausgestattet sein. Im Berichtsjahr ging nach umfangreichen Vorarbeiten ein Lösungsvorschlag in die Vernehmlassung.

Legislativziel RRZ 2.1: Qualitativ gute und bedarfsgerechte Bildungsangebote sind sichergestellt

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 2.1a Den Lehrplan 21 gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern des Schulfeldes an die Bedürfnisse im Kanton anpassen und einführen</p> <p>Mit der Einführung des Lehrplans 21 im Kanton Zürich steht den Schulen und Lehrpersonen eine zeitgemässe Unterrichtsgrundlage zur Verfügung. Im Kindergarten und in der 1. bis 5. Klasse der Primarschule gilt er seit Schuljahr 2018/2019, in der 6. Klasse der Primarschule und in der Sekundarschule seit Schuljahr 2019/2020. Lehrpersonen und Schulen können ein breites Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten zum Lehrplan 21 nutzen. Insbesondere stehen Online-Lerneinheiten sowie Grundlagenkurse in Medien und Informatik zur Verfügung.</p>	Abgeschlossen	BI
<p>RRZ 2.1c Die Einführung von Tagesschulen ermöglichen und fördern und dabei neue Modelle prüfen</p> <p>Nach der Gesetzesänderung vom 2. Juli 2018 betreffend Tagesschulen hat der Regierungsrat die Volksschulverordnung angepasst. Mit einer das Projekt abschliessenden Veranstaltung wurden Schulleitungen, Leitungen Betreuung und Behörden über die Veränderungen informiert. Darüber hinaus wurden die Informationsmaterialien des Kantons aktualisiert und die Entwicklung der Tagesschulen weiterhin beobachtet.</p>	Abgeschlossen	BI
<p>RRZ 2.1d Mit dem Schulversuch Fokus Starke Lernbeziehungen die Reduktion der Zahl der an einer Klasse tätigen Lehrpersonen sowie die Weiterentwicklung des integrativen Unterrichts erproben</p> <p>Die Versuchsschulen legen ihren Fokus im Schulversuch verstärkt auf die Unterrichtsentwicklung. Die Bildungsdirektion prüft derweilen, welche positiven Elemente breiter genutzt werden können, und gibt Erfahrungen aus dem Schulversuch als Impulse für die Schul- und Unterrichtsentwicklung der Volksschulen weiter.</p>	Planmässig	BI
<p>RRZ 2.1e Mit dem Projekt ALLE leistungsschwächere Lernende in Mathematik und Deutsch auf der Sekundarstufe I fördern</p> <p>Die Erprobung der Massnahmen im Pilotprojekt ALLE wurde im Sommer des Berichtsjahres abgeschlossen. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluation liegen im Sommer 2020 vor.</p>	Abgeschlossen	BI
<p>RRZ 2.1f Instrumente zur individuellen, förderorientierten Standortbestimmung von Schülerinnen und Schülern entwickeln und zur Verfügung stellen</p> <p>Im Berichtsjahr erfolgten Einführungskurse in das neue digitale und adaptive Lernfördersystem Lernlupe für die 3. bis 6. Klassen der Primarschule. Die Freischaltung von Lernpass plus mit integriertem Stellwerktest für die Sekundarschule ist im laufenden Schuljahr erfolgt.</p>	Abgeschlossen	BI
<p>RRZ 2.1g Schulen im Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen sowie bei Problemen mit Gewalt unterstützen</p> <p>Die von der Bildungsdirektion entwickelte Notfall-App für Notfallsituationen an Schulen findet eine zunehmende Verbreitung, auch über den Kanton Zürich hinaus. Das Programm Herzsprung zur Prävention von Gewalt in jugendlichen Paarbeziehungen hat seine erste Umsetzungsphase mit guter Nachfrage aus den Schulen abgeschlossen. Die Broschüre «Suizid und Schule» wurde überarbeitet und mit einem Kapitel zu den rechtlichen Aspekten ergänzt.</p>	Abgeschlossen	BI
<p>RRZ 2.1h Angesichts knapper werdender Kapazitäten auf der Sekundarstufe II zusätzliche Mittel für Betrieb, Infrastruktur und Personal bereitstellen</p> <p>Die Festlegung der Schulraumstrategie für die Sekundarstufe II steht vor dem Abschluss; der Regierungsrat hat die Regionalstrategie Mittelschulen «Pfauen» und rechtes Zürichseeufer beschlossen. Das Bildungszentrum Uster und der Ersatzneubau für die Kantonsschule Büelrain Winterthur konnten eingeweiht werden, der Wettbewerb für einen Neubau der Berufsfachschule Winterthur ist abgeschlossen und ein Siegerprojekt ausgezeichnet. Die Folgearbeiten aus der Strategie sind eingeleitet.</p>	Abgeschlossen	BI

Legislaturziel RRZ 2.2: Der herausragende Hochschulstandort ist weiterentwickelt

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 2.2a Die Nachwuchsförderung weiterentwickeln (Graduiertenprogramme und Doktoratsstufe)</p> <p>Die Universität Zürich konnte im Berichtsjahr 6 von 34 «Eccellenza Professorial Fellowships» des Schweizerischen Nationalfonds für sich gewinnen. Zusätzlich erhielten zwei junge Forschende ERC Starting Grants im Umfang von rund 3 Mio. Euro. Über den universitätsinternen kompetitiven Forschungskredit erhielten 66 Doktorierende und 51 Postdoktorierende einen Forschungsgrant. Im Berichtsjahr wurde ein Best-Practice-Leitfaden für die Doktoratsstufe vom Graduate Campus herausgegeben. Damit soll die Qualität, Attraktivität und Internationalisierung des Doktorats an der Universität Zürich gesichert und gestärkt werden.</p>	Abgeschlossen	BI
<p>RRZ 2.2b Die Universitäre Medizin Zürich (UMZH) im Verbund der zuständigen Direktionen und weiteren Beteiligten stärken</p> <p>Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.</p>	Abgeschlossen	GD, BI
<p>RRZ 2.2c Zusätzliche Studienplätze in der Medizin schaffen</p> <p>Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.</p>	Abgeschlossen	GD
<p>RRZ 2.2d In die Infrastruktur der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschulen investieren</p> <p>ZHAW-Standorte Winterthur: Auf dem Sulzer-Areal wurde der Rohbau des Hauses Adeline Favre erstellt. Die Innenausbauten werden nun laufend ausgeführt. Das Gebäude wird der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) 2020 zur Nutzung übergeben. Bei der Arealentwicklung des Campus Technikumstrasse wurde der Projektwettbewerb für die Etappe 1 abgeschlossen. Ein Projektierungskredit von 23,8 Mio. Franken wurde vom Regierungsrat am 13. März des Berichtsjahres bewilligt. Der Baubeginn ist für 2022 geplant.</p> <p>ZHAW-Standort Wädenswil: Auf dem Areal Reidbach wurden für den Laborneubau Gebäude RD durch den Kantonsrat am 16. April 2018 die Miete und der Objektkredit bewilligt. Die Baugrubenarbeiten sind abgeschlossen und es wurde mit dem Rohbau begonnen.</p> <p>UZH: Im Berichtsjahr wurde der Erweiterungsbau an der Plattenstrasse 14–22 eingeweiht. Weiter wurde der Rohbau für den Neubau des Laborgebäudes für das Institut für Chemie im Rahmen von UZI 5 fertiggestellt.</p>	Abgeschlossen	BI
<p>RRZ 2.2e Die hohe Qualität der gymnasialen Bildung erhalten und den allgemeinen Universitätszugang mittels gymnasialer Maturität sichern</p> <p>Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.</p>	Abgeschlossen	BI

03 Kultur und Freizeit

Der **Silvesterlauf** mit über 18000 Teilnehmenden ist einer von rund 100 Breitensportanlässen, die vom Kanton unterstützt werden. Sie tragen dazu bei, dass die Zürcher Bevölkerung in jedem Alter Sport treibt und sich regelmässig bewegt.

Leuchtturm Opernhaus

Das Interesse der Öffentlichkeit am Programm des Opernhauses war auch im Berichtsjahr ausgezeichnet, wie die Auslastungszahlen von fast 90 Prozent belegen. Zudem hat das Opernhaus sein Engagement, das Haus für breitere Bevölkerungskreise zu öffnen, weitergeführt. Das Opernhaus wurde im Berichtsjahr in einem internationalen Wettbewerb in Berlin mit dem Titel «Bestes Opernhaus 2019» ausgezeichnet. Von der Wettbewerbsjury ausdrücklich gewürdigt wurden die einzigartige Breite und Vielfalt des Programms sowie die bemerkenswerte Mischung von innovativen Regieansätzen und hochkarätiger Sängerbesetzung. Die Auszeichnung betont die Bedeutung des Opernhauses für das gesamte Zürcher Kulturangebot. Als Leuchtturm stärkt es die Standortattraktivität des ganzen Kantons. Die Auszeichnung betrifft damit die zentralen Elemente, die in der Leistungsvereinbarung zwischen Opernhaus und Regierungsrat festgehalten sind.

Rad-Strassen-Weltmeisterschaften 2024

Nach der Vergabe durch den internationalen Radsportverband UCI 2018 an die Schweiz hat im März des Berichtsjahres Swiss Cycling den Zuschlag für die Rad-Strassen-Weltmeisterschaften 2024 an Zürich vergeben. Für die Planung und Durchführung des Grossanlasses haben die Stadt Zürich und der Kanton zusammen mit Swiss Cycling einen Trägerverein gegründet. Kanton und Stadt wollen eine Rad-WM, die Wirkung über die Renntage hinaus erzielt. Geplant sind vielfältige Begleitmassnahmen vor, während und nach der Rad-WM in den Bereichen Velo-, Radsport- und Tourismusförderung. Erstmals werden bei der Zürcher Rad-WM die Para-Cycling-Weltmeisterschaften in den Anlass integriert. So kann das Thema Gleichstellung von Menschen mit Behinderung im Rahmen einer hochkarätigen Sportveranstaltung sichtbar gemacht werden.

Vielfältiges Kulturangebot im gesamten Kanton

Die Förderung des Kulturschaffens in den Gemeinden und Regionen ist einer der vier Schwerpunkte der Kulturförderung des Kantons Zürich. Zur Umsetzung dieses Schwerpunktes wurden spezifische, auf das regionale Kulturschaffen und die gemeindliche Kulturförderung ausgerichtete Förderprogramme entwickelt und etabliert. Zudem werden bei der Beurteilung von Kulturprojekten und der Unterstützung von Kulturbetrieben mit Betriebsbeiträgen regionale Aspekte zusätzlich gewichtet. In der Folge nahmen die durch den Kanton unterstützten Kulturprogramme im Berichtsjahr auf über 1200 lokale Veranstaltungen in 70 Gemeinden zu. Dafür wurden insgesamt mehr als 1,2 Mio. Franken gesprochen. Zum Zuge kommt eine facettenreiche Palette von Kulturangeboten, von Aufführungen von Chor- und Musikformationen über Bühnenproduktionen bis hin zu Spoken-Word-Veranstaltungen. Damit werden die Vielfalt und Zugänglichkeit des Kulturangebots im gesamten Kantonsgebiet nachhaltig verbessert und gestärkt.

04 Gesundheit

Zulassungsstopp für Ärztinnen und Ärzte eingeführt

Aufgrund des Bundesratsbeschlusses zur Verlängerung der Einschränkung der Zulassung von Ärztinnen und Ärzten zur Tätigkeit zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung können die Kantone die Anzahl der im ambulanten Bereich tätigen Ärztinnen und Ärzte bis 2021 weiterhin regulieren. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass vor einem angekündigten Zulassungsstopp mit einer erhöhten Anzahl an Gesuchen um Erteilung einer Berufsausübungsbewilligung zu rechnen wäre. Wobei laut einer Einschätzung der Branchenorganisation *santé-suisse* jede neue Arztpraxis die Prämienzahlerinnen und -zahler durchschnittlich über eine halbe Million Franken pro Jahr kostet. Daher erachtete es der Regierungsrat als unerlässlich, die Zulassungsbeschränkung möglichst rasch umzusetzen, und führte diese am 13. Dezember des Berichtsjahres ein.

Die Zulassungsbeschränkung gilt, mit Ausnahmen, für Ärztinnen und Ärzte, die ihre Tätigkeit in einer Privatpraxis oder in einer ambulanten ärztlichen Institution ausüben möchten, sofern sie nicht eine mindestens dreijährige Tätigkeit an einer anerkannten schweizerischen Weiterbildungsstätte ausweisen können.

Entwicklung der Kantonsapotheke

Anfang Februar des Berichtsjahres konnte mit dem Umzug der Abteilung Herstellung Steril die zweijährige Umzugsphase der Kantonsapotheke in das neue Herstell- und Logistikzentrum Schlieren abgeschlossen werden. Am 1. März führte die Kantonsapotheke ein neues, vollkostenbasiertes und leistungsbezogenes Preismodell ein. Damit kann für die Spitäler transparent dargelegt werden, welche Leistungen welche Kosten verursachen bzw. wo entsprechende Kosten anfallen.

Die Kantonsapotheke wurde im Berichtsjahr durch die «International Society of Pharmaceutical Engineering» zur Gewinnerin des «Facility of the Year Awards 2019» gekürt. Sie gewann damit als erste Spitalapotheke überhaupt die weltweit begehrteste Auszeichnung der pharmazeutischen Industrie und dies im bisher grössten Bewerberfeld in der Geschichte des Preises. Die Kantonsapotheke wurde für ihre Leistungen im Zusammenhang mit dem Neubauprojekt Schlieren, für ihre zukunftsweisenden Innovationen, die grosse und rasche Transformation und für die hohen Qualitätsstandards ausgezeichnet.

Am 18. September des Berichtsjahres gab der Regierungsrat der Gesundheitsdirektion grünes Licht für den Verkauf der Kantonsapotheke an ihren zukünftigen Hauptaktionär, das Universitätsspital Zürich. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass die Kantonsapotheke mit der Übertragung an das Universitätsspital ihre Funktion als Spitalapotheke bestmöglich wahrnehmen kann. Ihre Leistungen für die anderen kantonalen Spitäler und die Versorgung mit Arzneimitteln in Krisenlagen werden weiterhin sichergestellt.

Neuregelung der Krankenkassen-Prämienverbilligung

Im Berichtsjahr wurden Zürcherinnen und Zürcher in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen mit 936 Mio. Franken Krankenkassen-Prämienverbilligung von Bund und Kanton unterstützt. Am 29. April des Berichtsjahres verabschiedete der Kantonsrat ohne Gegenstimme das neue Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG, LS 832.01) und regelte damit auch das Prämienverbilligungssystem neu. Die wichtigsten Änderungen betreffen die Individuelle Prämienverbilligung. Neu wird sie nicht mehr abgestuft nach Einkommensklassen ausgerichtet, sondern nach dem sogenannten Eigenanteilsmodell. Dabei zahlt eine versicherte Person einen fixen Betrag von 40 Prozent der regionalen Durchschnittsprämie sowie einen variablen



Die Kantonsapotheke in Schlieren setzt auf neueste Technologien wie eigens entwickelte **Roboter**, die Medikamente herstellen. Arzneimittel können so in einer Stunde verordnet, produziert, transportiert und direkt am Patientenbett zur Anwendung bereitgestellt werden.

Teil, der einem bestimmten Prozentsatz des steuerbaren Einkommens entspricht. Bei jungen Erwachsenen bis 25 Jahre, die sich in Ausbildung befinden, wird die Individuelle Prämienverbilligung neu unter Berücksichtigung der finanziellen Verhältnisse ihrer Eltern bestimmt. Zudem wird sie neu ausschliesslich durch die Sozialversicherungsanstalt abgewickelt.

Legislaturziel RRZ 4.1: Die Einflussmöglichkeiten des Kantons auf die kostenrelevanten Faktoren sind identifiziert und werden genutzt

Massnahme	Stand	Umsetzung
RRZ 4.1a Grundlagen zur Effizienzbeurteilung schaffen, Kostentreiber und -senker identifizieren, Einflussmöglichkeiten des Kantons evaluieren und nutzen Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.	Abgeschlossen	GD
RRZ 4.1b Eine wirksame Kontrolle der Leistungen und Finanzflüsse weiterentwickeln und nachhaltig sicherstellen Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.	Abgeschlossen	GD

Legislaturziel RRZ 4.2: Die Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich ist optimiert

Massnahme	Stand	Umsetzung
RRZ 4.2a Qualität und Effizienz des Zürcher Rettungswesens optimieren Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.	Abgeschlossen	GD
RRZ 4.2b Versorgungsstrukturen und -prozesse qualitätsorientiert optimieren Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.	Abgeschlossen	GD
RRZ 4.2c Integrierte Versorgungs- und ganzheitliche Finanzierungsansätze unterstützen Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.	Abgeschlossen	GD
RRZ 4.2d Infrastrukturen bedarfsorientiert planen und nachhaltig finanzieren Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.	Abgeschlossen	GD

05 Gesellschaft und soziale Sicherheit

Gezielte Weiterentwicklung der Integrationsförderung

Am 1. Mai des Berichtsjahres startete die von Bund und Kantonen verabschiedete Integrationsagenda Schweiz. Sie wird als Teil des kantonalen Integrationsprogramms umgesetzt. Mit dieser koordinierten Strategie sollen vorläufig aufgenommene Personen und Flüchtlinge rascher in die Arbeitswelt und besser in die hiesige Gesellschaft integriert werden. Ziel aller involvierten Stellen ist es, mit den Integrationsmassnahmen früher einzusetzen, sie zu erweitern und zu intensivieren. Dank des höheren finanziellen Engagements des Bundes – neu wird eine Integrationspauschale von Fr. 18000 statt Fr. 6000 pro Person ausbezahlt – wird die Angebotspalette bedarfsgerecht erweitert, und spezifische Integrationsangebote wie Erstinformation, Deutschkurse, Potenzialabklärungen oder Job-Coaching setzen früher und wirksamer ein.

Gefängnisse von innen sehen

Der Umgang einer Gesellschaft mit ihren Strafgefangenen sagt viel über die Gesellschaft an sich aus. Mehrere Hundert Personen nahmen zwischen April und September des Berichtsjahres die Gelegenheit wahr, in Rundgängen und bei Vorträgen hinter die Kulissen der Zürcher Justizvollzugsinstitutionen zu schauen. Sie erfuhren, was in einer rückfallpräventiven Therapie passiert, warum und wann eine straffällige Person Hafturlaub erhält, welche Kriterien für eine vorzeitige Entlassung erfüllt sein müssen oder wie die Bewährungshelferinnen und -helfer konkret arbeiten.

Mehr als 99 Prozent aller Menschen, die heute in einem Zürcher Gefängnis sitzen, werden früher oder später wieder in Freiheit leben. Daher soll ihnen dabei geholfen werden, in Zukunft strafrei zu leben. Um diesen integrativen Aspekt zu verdeutlichen, wurde das Amt für Justizvollzug im 20. Jahr seines Bestehens in «Justizvollzug und Wiedereingliederung» umbenannt.



Menschen, die ihren Alltag in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies verbringen, gehören verschiedenen Religionen an. Im interreligiösen Andachtsraum finden wöchentlich Gottesdienste und Freitagsgebete statt und er wird auch für weitere religiöse Feiern genutzt.

Legislaturziel RRZ 5.1: Die im Kanton lebende Bevölkerung ist in das Gesellschafts- und Erwerbsleben integriert

Massnahme	Stand	Umsetzung
RRZ 5.1a Zusätzliche Integrationsmassnahmen in den Gemeinden entwickeln und umsetzen, Integrationsförderprojekte mit Arbeitgebern verwirklichen, mit Migrantorganisationen zusammenarbeiten, um Projekte der sozialen Integration zu realisieren Im Berichtsjahr wurden 58 Leistungsvereinbarungen mit Gemeinden und 53 mit Anbietenden von Integrationsmassnahmen unterhalten. Um die Wirkung der staatlich subventionierten Deutschkurse zu optimieren, wurde die Qualitätssicherung gemeinsam mit den Gemeinden weiterentwickelt und die Zuständigkeiten wurden geklärt. Die Gemeinden entwickelten punktuell und in Kooperation mit der Fachstelle Integration neue Angebote in den Förderbereichen Erstinformation, Zusammenleben und Frühe Kindheit. Im Förderbereich Zusammenleben erfolgte im Rahmen der Stärkung des Freiwilligenengagements von Migrantinnen und Migranten eine weitere Projektausschreibung. Es wurden 23 Gesuche bewilligt für die Umsetzung 2020/2021. Um die Mitsprachemöglichkeiten von Migrantinnen und Migranten in der Integrationsförderung zu stärken, wurde ein Projekt zum Aufbau repräsentativer Strukturen zur systematischen Einbindung im Begleitgremium des kantonalen Integrationsprogramms gestartet. Diese Arbeiten werden in der Legislaturperiode 2019–2023 weitergeführt.	Abgeschlossen	J1
RRZ 5.1b Die Strategie für vorläufig aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge umsetzen Die weiterführenden Umsetzungsarbeiten bilden in der neuen Legislaturperiode wieder einen Entwicklungsschwerpunkt. Für zusätzliche Informationen siehe Seite 13.	Abgeschlossen	J1
RRZ 5.1c Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch Frühinterventionen, frühe Förderung, Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern verbessern sowie den Zugang zur Familienhilfe erleichtern und die Familie als Lernort stärken Die Elternbildungsangebote in den Kinder- und Jugendhilfezentren wurden in den Regelbetrieb aufgenommen.	Abgeschlossen	BI
RRZ 5.1d Die Integrationskraft der Volksschule stärken und ein Monitoring über den Einsatz sonderpädagogischer Massnahmen einrichten Die Gemeinden sind mit der Umsetzung des Massnahmenplans im Rahmen des Monitorings beschäftigt. Zur Unterstützung der Gemeinden wurde der Schwerpunkt im Berichtsjahr auf die Optimierung der Datenspiegelung zur Steuerung der Sonderschulung gelegt. Die Umsetzung erfolgte planmässig und wird nun im Rahmen des ordentlichen Betriebs weitergeführt.	Abgeschlossen	BI
RRZ 5.1e Durch wirksame Sprachförderung auf allen Bildungsstufen die Chancen in Schule, Beruf und Gesellschaft verbessern Sämtliche Grundlagendokumente der Sprachförderung Deutsch als Zweitsprache wurden im Berichtsjahr aktualisiert. In Schulen mit einem hohen Anteil Fremdsprachiger wurde die Sprachförderung im Kindergarten und im Bereich des Schreibens verstärkt. Es wurden Kurzfilme für Eltern zur frühen Sprachbildung erstellt.	Abgeschlossen	BI
RRZ 5.1f Leistungsschwächere und sozial benachteiligte Jugendliche bei ihrem Berufseinstieg und während der beruflichen Grundbildung unterstützen Im Berichtsjahr wurde die Initialisierungsphase im ämterübergreifenden Projekt «Optimierung Übergang 1» planmässig durchgeführt. Recherchen und Analysen zur Passung der Angebote auf die Bedürfnisse der Jugendlichen mit Schwierigkeiten am Übergang von der Volksschule in die Berufsbildung dienten dazu, Handlungsfelder und Lücken im System zu identifizieren. Die drei als prioritär festgelegten Projekte knüpfen an den identifizierten Lücken im System an und verfolgen das Ziel, die Unterstützung von leistungsschwächeren Jugendlichen am Übergang 1 gezielt zu verbessern. Die Arbeiten zum Thema Übergang Volksschule – Berufsbildung bilden in der Legislaturperiode 2019–2023 weiterhin einen Entwicklungsschwerpunkt.	Abgeschlossen	BI
RRZ 5.1g Den Einstieg in den Sport erleichtern, namentlich für Kinder aus sportfernen Familien Im schulischen Umfeld sowie im Freizeitbereich wurden weitere Massnahmen umgesetzt und niederschwellige Projekte unterstützt. Unter anderem wurden Betreuungspersonen im Bereich Kindersport ausgebildet, Massnahmen zur Förderung des Mädchenfussballs unterstützt und Projekte wie «Open Sunday» gefördert.	Abgeschlossen	DS

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 5.1h Information zu Migration und Integration verbessern: Öffentlichkeits- und Informationskampagne durchführen</p> <p>Im Berichtsjahr wurde das Kommunikations- und Informationskonzept fertiggestellt. Die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zur Integrationsagenda war intensiv und konnte aufgrund der konzeptuellen Arbeiten systematisch aufgebaut werden. Im Mai organisierte die Fachstelle Integration einen direktionsübergreifenden Medienanlass zur Umsetzung der Integrationsagenda Zürich. Die weiteren geplanten Kommunikationsmeilensteine sind auf Kurs.</p> <p>Die Bedeutung der Antidiskriminierungsarbeit für die Integration wurde in der Legislaturperiode 2019–2023 bekräftigt. Der Ausbau dieser Arbeit wird zurzeit konzeptualisiert. Zudem wird neu zusammen mit der Stadt Zürich eine Anlauf- und Beratungsstelle für Betroffene von rassistischer bzw. ethnisch-kultureller Diskriminierung finanziert.</p>	Abgeschlossen	JI

Legislaturziel RRZ 5.2: Die Akzeptanz der Systeme der sozialen Sicherheit ist verbessert

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 5.2a Die Mittel wirksam und wirtschaftlich einsetzen und die Zusammenarbeit der Institutionen koordinieren</p> <p>Die Interinstitutionelle Zusammenarbeit (iiz) im Rahmen des iiz-Netzwerks Kanton Zürich (RRB Nr. 517/2014) wurde gestützt auf das iiz-Konzept vom April 2014 laufend den Bedürfnissen der Partnerinstitutionen angepasst. Der Bereich iiz-Sozialhilfe bearbeitete im Berichtsjahr rund 400 Dossiers.</p>	Abgeschlossen	DS
<p>RRZ 5.2b Die ausrichtenden Stellen, Behörden und Dritte im Bereich der Sozialhilfe beraten</p> <p>Das webgestützte Sozialhilfe-Behördenhandbuch wurde aktualisiert und auch im Berichtsjahr rege besucht. Ausserdem wurden wöchentlich rund 100 telefonische und schriftliche Fachanfragen der Gemeinden und Dritter zur Sozialhilfe beantwortet.</p>	Abgeschlossen	DS
<p>RRZ 5.2c Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren</p> <p>Der Schlussbericht liegt seit Dezember im Entwurf vor. Am Ende des Berichtsjahres befand er sich in der Vernehmlassung. Er soll in der ersten Hälfte 2020 verabschiedet werden.</p>	Verzögert	GD, DS

06 Verkehr

In den nächsten zehn Jahren erwartet der Kanton ein Bevölkerungswachstum von zehn Prozent. Damit steigt auch das **Mobilitätsbedürfnis**. Immer mehr Fortbewegungsmittel teilen sich den bereits heute knappen Strassenraum.

Limmatalbahn

Anfang September des Berichtsjahres wurde nach zweijähriger Bauzeit die 1. Etappe der Limmatalbahn von Zürich Farbhof nach Schlieren Geissweid in Betrieb genommen. Auf diesem Abschnitt verkehrt neu das Tram der Linie 2. Kurz darauf starteten die Bauarbeiten an der 2. Etappe von Schlieren über Urdorf und Dietlikon an den Bahnhof Killwangen-Spreitenbach im Kanton Aargau. Mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2022 soll die gesamte Strecke eröffnet werden.

Nächster grosser Ausbauschritt des Bahnangebots im Kanton Zürich wird aufgegleist

In der im Berichtsjahr durch den Ständerat verabschiedeten Vorlage zum nächsten Ausbauschritt der Bahninfrastruktur wurde erfreulicherweise grünes Licht für wichtige Projekte aus Zürcher Sicht gegeben. Mit dem Brüttenertunnel zwischen Winterthur und Bassersdorf bzw. Dietlikon und dem Ausbau des Bahnhofs Zürich Stadelhofen um ein viertes Gleis können die grössten Engpässe im Schienennetz im Grossraum Zürich beseitigt werden. Unbestritten waren zudem auch der Zimmerberg-Basistunnel sowie die Ausbauten auf dem Netz der Sihltal Zürich Uetliberg Bahn. Erfreulicherweise hat nach dem Nationalrat auch der Ständerat den Bahnhof Grüze Nord in Winterthur in die Liste der zu finanzierenden Projekte aufgenommen. Die Unterstützung für den Bahnhof Grüze Nord ist ein wichtiger Impuls für die sechstgrösste Schweizer Stadt, die sich in diesem Gebiet entsprechend den siedlungs- und raumplanungspolitischen Zielen des Kantons und des Bundes für die wachsende Bevölkerung weiterentwickeln will und muss.

Oberlandautobahn

Die Oberlandautobahn A53 zwischen dem Brüttseller Kreuz und der Kantonsgrenze zu St. Gallen erschliesst das bevölkerungsreiche und wirtschaftlich bedeutende Zürcher Oberland. Die Schliessung der Autobahnlücke zwischen Uster Ost und dem Kreisel Betzholz hat nicht nur für das Zürcher Oberland, sondern für die ganze Ostschweiz grosse Bedeutung und würde das Aathal, Wetzikon und Hinwil vom Durchgangsverkehr entlasten. Die Vorarbeiten zur Lückenschliessung der Oberlandautobahn haben im Berichtsjahr gezeigt, dass eine bisher nicht untersuchte, tiefer im Fels verlaufende Variante technisch machbar und grundsätzlich bewilligungsfähig wäre. Da sich noch keine klare Vorzugsvariante festlegen liess, hat der Kanton dem Bundesamt für Strassen Ende des Berichtsjahres zwei Varianten übergeben und empfiehlt in Abwägung zusätzlicher Aspekte die Weiterverfolgung der tiefer im Fels verlaufenden Option.

Monitoring des Zürcher Fluglärmindex

Der Monitoringwert des Zürcher Fluglärmindex sank gemäss aktuellen Zahlen um 8 Prozent auf 60347 vom Fluglärm stark belästigte/gestörte Personen. Die Zahl der in der Nacht im Schlaf gestörten Personen nahm um knapp 1 Prozent zu, während der Wert für die am Tag stark belästigten Personen um über 13 Prozent gesunken ist. Der Richtwert von 47000 Personen wird allerdings immer noch deutlich überschritten.

Hauptgrund für den Rückgang sind aktualisierte Quelldaten. Erstmals wurden die bereits im Einsatz stehenden modernen und lärmgünstigeren Flugzeugtypen in den Fluglärmrechnungen berücksichtigt. Damit zeigt sich, dass sich die hohen Investitionen der Luftfahrtgesellschaften, vor allem des Homecarriers Swiss, in neue Flugzeuge nicht nur betriebswirtschaftlich auszahlen, sondern sich auch im Lärmbereich günstig auswirken.

Legislativziel RRZ 6.1: In den urbanen Räumen übernimmt der öffentliche Verkehr einen überdurchschnittlichen Anteil des Verkehrszuwachses. Der Anteil des Fuss- und Veloverkehrs am Gesamtverkehr ist gesteigert

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 6.1b Den Bau der 1. Etappe Limmattalbahnhof Altstetten–Schlieren 2017 beginnen mit dem Ziel der Inbetriebnahme im Dezember 2019 Siehe Seite 16.</p>	Abgeschlossen	VD
<p>RRZ 6.1c Die Agglomerationsprogramme der Generationen 1 und 2 zeitgerecht umsetzen Die Massnahmen im A-Horizont sind zu rund 70 Prozent entweder bereits umgesetzt, in andere Massnahmen übergeführt, an den Bund als Massnahmenträger übergeben oder aber vom Planungsstand her so weit fortgeschritten, dass eine Umsetzung in den nächsten zwei Jahren realistisch ist. Bei den übrigen rund 170 Massnahmen führten vielfältige Gründe zu Verzögerungen in der Umsetzung. Beim Velotunnel (inkl. Velostation) am Hauptbahnhof Zürich haben die Komplexität des Projekts, die Abstimmungen mit benachbarten Projekten sowie offene Fragen zur Finanzierung und Nutzungsdauer zu Verzögerungen geführt. Andere Projekte sind aufgrund vertiefter Abklärungen (z. B. umweltrechtliche Abklärungen bei der Veloverbindung Grüningen–Hombrechtikon, städtebauliche Abklärungen bei der Veloverbindung Gerstenrietstrasse in Illnau-Effretikon) verzögert. Auch Abhängigkeiten zu anderen Projekten, die durch Einsprachen blockiert sind bzw. waren (z. B. Strasse Uster West), haben zu Verzögerungen bei der Umsetzung von Massnahmen im Rahmen des Agglomerationsprogramms geführt.</p>	Verzögert	VD
<p>RRZ 6.1f Die Finanzierungsbeschlüsse von wichtigen Gesamtverkehrsprojekten (MIV und ÖV) in den Städten Zürich und Winterthur ausarbeiten (Stadt Zürich: Rosengartentunnel und -tram; Stadt Winterthur: ÖV-Hochleistungskorridor und Zentrumserschliessung Neuhegi-Grüze) Der Kantonsrat stimmte am 25. März des Berichtsjahres dem Kreditantrag und dem Spezialgesetz für das Projekt Rosengartentram und Rosengartentunnel zu. Der Grosse Gemeinderat der Stadt Winterthur beschloss 2017 einen Rahmenkredit für die Planung und Umsetzung der Sicherstellung des Verkehrsflusses und Priorisierung des öffentlichen Verkehrs. Im Berichtsjahr folgte die Bewilligung von einzelnen Objektkrediten aus dem Rahmenkredit für erste konkrete Massnahmen, die laufend umgesetzt werden. Der Kanton refinanziert diese Projekte über die Baupauschale. Ein zentrales Grossprojekt bildet die «Querung Grüze». Das Projekt wurde im Berichtsjahr vom Stadtrat Winterthur festgesetzt, die Volksabstimmung über den Kredit ist für 2020 geplant. Die vom Stadtrat verabschiedete Bestvariante zur «Zentrumserschliessung Grüze» wurde aufgrund verschiedener Widerstände in einer breit abgestützten, kooperativen Planung weiterentwickelt, was zu entsprechenden Verzögerungen führte.</p>	Verzögert	VD

Legislativziel RRZ 6.2: Die Funktionsfähigkeit des Verkehrssystems ist auch mit zunehmender Mobilität sichergestellt

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 6.2a Punktuelle Bevorzugungsmassnahmen für den öffentlichen Verkehr (ÖV) zur Vermeidung von Verlustzeiten und Anschlussbrüchen umsetzen</p> <p>Im Berichtsjahr wurden insbesondere rund zehn Bushaltestellen, die Busspur Fällanden–Dübendorf sowie zehn Knotenumbauten mit integraler ÖV-Bevorzugung zur Realisierung an das Tiefbauamt übergeben. Die Massnahmen werden im Rahmen der stetigen Aufgabenerfüllung des Amtes für Verkehr weiterverfolgt.</p>	Abgeschlossen	VD
<p>RRZ 6.2b Die prioritären Massnahmen gemäss dem Konzept der regionalen Verkehrssteuerung (RVS) weiter umsetzen</p> <p>Im Limmattal und auch im Glattal werden derzeit die prioritären Massnahmen umgesetzt. Die Realisierung der wichtigen Massnahme «neue Greifenseestrasse» verzögerte sich aufgrund von Einwendungen der Stadt Uster und der Gemeinde Greifensee. Dazu wurden zusätzliche planerische Aufgaben zur Sicherstellung der optimalen Wirkung im Gesamtkonzept aufgenommen.</p>	Verzögert	VD
<p>RRZ 6.2c Die kantonale Verwaltung und Unternehmen bei der Optimierung der Mobilität ihrer Mitarbeitenden unterstützen</p> <p>Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.</p>	Abgeschlossen	VD
<p>RRZ 6.2d Ausbauten der Strasseninfrastruktur planerisch vorantreiben</p> <p>Im Berichtsjahr wurden verschiedene Grossvorhaben weiter vorangetrieben. Im Vorhaben Umfahrung Eglisau konnte die aktuelle Projektphase des Brückenwettbewerbs mit der Jurierung der Wettbewerbsprojekte im November abgeschlossen werden. Für Bassersdorf konnten die Zweckmässigkeitsbewertung (ZMB) zur Verlegung der Baltenswilerstrasse und im Bereich Neeracher Ried die Vertiefungsphase der ZMB mit einem umfangreichen Workshopverfahren abgeschlossen werden. Die strategische Massnahmenplanung wird im Rahmen der stetigen Aufgabenerfüllung des Amtes für Verkehr weiterverfolgt.</p>	Abgeschlossen	VD

07 Umwelt und Raumordnung

Rahmenkredit Energieförderung

Rund 40 Prozent des Gesamtenergiebedarfs des Kantons wird für die Bereitstellung von Wärme für Heizen und Warmwasser benötigt. Da die Wärme noch zu einem grossen Teil mit Heizöl und Erdgas erzeugt wird, entfallen gut 40 Prozent der kantonalen CO₂-Emissionen auf den Gebäudebereich.

Um das grosse CO₂-Einsparpotenzial in diesem Bereich auszunutzen, beantragte der Regierungsrat im Dezember des Berichtsjahres beim Kantonsrat einen Rahmenkredit zur Förderung von Energieeffizienz-Massnahmen und klimaneutraler Wärmeversorgung von Gebäuden in der Höhe von 33 Mio. Franken und mit einer Laufzeit von vier Jahren. Insgesamt würden über diesen Zeitraum sogar 180 Mio. Franken zur Verfügung stehen, da der Bund zusätzliche Mittel beisteuert. Wie genau das neue Förderprogramm ausgestaltet wird und welche Massnahmen konkret mit welchen Beträgen gefördert werden, wird nach der Genehmigung des Rahmenkredits definiert. Im Vordergrund steht der Ersatz von Öl- und Gasheizungen durch eine klimafreundliche Wärmeversorgung wie zum Beispiel Wärmepumpen oder moderne Holzheizungen.

Wassergesetz


Am 10. Februar des Berichtsjahres wurde das Wassergesetz von rund 54 Prozent der Stimmenden abgelehnt. Wesentliche Gründe waren mutmasslich die neu explizit erwähnte Möglichkeit der Teilprivatisierung der öffentlichen Wasserversorgung, die Einschränkung von Gewässerrevitalisierungen sowie die reduzierten Ziele von Hochwasserschutzmassnahmen. Stets unbestritten war in allen politischen Lagern, dass die Wassergesetzgebung im Kanton einer Erneuerung bedarf. Das Wasserrecht ist heute in zwei Gesetzen geregelt, deren Entstehung teilweise bis in die 1960er-Jahre zurückreicht. Sie genügen den heutigen Anforderungen nicht mehr.

Deshalb überarbeitete der Regierungsrat den Gesetzesvorschlag und unterbreitete diesen im Februar 2020 dem Kantonsrat. Die neue Fassung basiert auf dem bestehenden Gesetzesentwurf, der in grossen Teilen in der parlamentarischen Diskussion unbestritten war, trägt aber den im Abstimmungskampf geäusserten Bedenken Rechnung.

Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen

Wer in der Schweiz Land besitzt, kann dieses nicht einfach nutzen, wie er will. Es gilt, Rahmenbedingungen einzuhalten. Diese sogenannten öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen sind für Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer verpflichtend.

Die Kantone führen einen Kataster mit den öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen, um relevante Informationen über Grundstücke leicht verfügbar zu machen. Der Kanton Zürich hat im Berichtsjahr die Festlegungen aus den Bereichen Raumplanung, Nationalstrassen, Eisenbahnen, Flughäfen, belastete Standorte, Grundwasserschutz, Lärm und Wald flächendeckend erfasst. Die verbindlichen Auskünfte erhöhen die Rechtssicherheit. Davon profitieren Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer, Bauherren, die verschiedenen Akteure des Immobilienmarktes sowie Behörden und öffentliche Verwaltungen. Die Eigentumsbeschränkungen und deren Abgrenzungen sind über das Geografische Informationssystem des Kantons Zürich direkt aufrufbar.



Das ETH-Spin-off Climeworks hat die weltweit erste kommerzielle Technologie entwickelt, um CO₂-Emissionen aus der Luft zu entfernen. Insgesamt hat die ETH Zürich im letzten Jahrzehnt 242 Spin-offs gegründet, im Berichtsjahr entwickelten viele der Neugründungen nachhaltige Materialien.

Legislaturziel RRZ 7.1: Ein qualitatives Siedlungswachstum nach innen ist ermöglicht und naturnahe Lebensräume sind erhalten

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 7.1a Ortspezifische Dichten entwickeln, Akzeptanz dafür schaffen und die Innenentwicklung in den Gemeinden voranbringen</p> <p>Der Dialog mit den Gemeinden und Regionen wurde im Rahmen von zahlreichen Ortsplanungsgesprächen fortgesetzt. Am 1. November des Berichtsjahres trat die Verordnung über preisgünstigen Wohnraum in Kraft.</p>	Abgeschlossen	BD
<p>RRZ 7.1b Den Mehrwertausgleich gesetzlich regeln</p> <p>Mit Beschluss vom 28. Oktober 2019 (Vorlage 5434) hat der Kantonsrat das Mehrwertausgleichsgesetz (MAG) verabschiedet. Die ausführende Mehrwertausgleichsverordnung (MAV) ist derzeit in Erarbeitung. Beide Erlasse sollen am 1. Januar 2021 in Kraft treten. Das Einzonungsverbot des Bundes könnte dann wieder aufgehoben werden.</p>	Abgeschlossen	BD
<p>RRZ 7.1c Lösungsmöglichkeiten zwischen Nutzungs- und Schutzinteressen in der raumplanerischen Interessenabwägung weiterentwickeln</p> <p>Das verwaltungsinterne Projekt konnte abgeschlossen werden. Es wurden zahlreiche Massnahmen getroffen, um die Erkenntnisse in die tägliche Arbeit einfliessen zu lassen und eine Verstetigung in diesem Schlüsselthema zu erreichen.</p>	Abgeschlossen	BD
<p>RRZ 7.1d Gemeinden und Regionen befähigen, Erholungsnutzungen zu koordinieren und zu lenken</p> <p>Die «Allmend Glanzenberg» im Limmattal konnte finanziell unterstützt werden. Im Rahmen des Projekts «Mobilität und Umwelt Pfäffikersee» wurden konkrete Massnahmen im Spannungsfeld zwischen Erholungsnutzung und Landschafts- und Naturschutz erarbeitet.</p>	Abgeschlossen	BD
<p>RRZ 7.1f Schallschutzmassnahmen in der Flughafenregion im Rahmen von Gebäude-sanierungen und zeitgemässen sowie qualitativ hochstehenden Siedlungs-erneuerungen fördern</p> <p>Im jährlich erscheinenden Flughafenbericht zuhanden des Kantonsrates rapportiert die Regierung jeweils die Anzahl der zusätzlich aufgrund von Schallschutzmassnahmen des WQF-Programms geschützten Personen. Die Anzahl stieg von 564 Personen im Jahr 2011 (erstmalige Berechnung) stetig auf 2102 Personen im Jahr 2018.</p>	Abgeschlossen	VD
<p>RRZ 7.1g Die Massnahmenpläne zur Verminderung der Treibhausgase und Anpassung an den Klimawandel festsetzen</p> <p>Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.</p>	Abgeschlossen	BD

Legislaturziel RRZ 7.2: Die kantonale Energiestrategie ist aktualisiert

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 7.2b Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE 14) festsetzen und dem Kantonsrat mittels Änderung des Energiegesetzes unterbreiten</p> <p>Im Berichtsjahr wurde die Vernehmlassung zur Änderung des Energiegesetzes ausgewertet. Die Vorlage soll 2020 dem Kantonsrat unterbreitet werden.</p>	Verzögert	BD

08 Volkswirtschaft

Innovationsregion Zürich

Zürich ist die innovativste Region Europas. Dies zeigt der 9. Regionale Innovationsanzeiger der Europäischen Kommission, der 238 Regionen in 23 EU-Ländern sowie in Norwegen, Serbien und der Schweiz auf ihre Innovationskraft vergleicht. Zürich rangierte in Bezug auf seine Innovationskraft 60 Prozent über dem EU-Durchschnitt.

Doch der nationale und internationale Wettbewerbsdruck steigt. Damit Zürich auch in Zukunft konkurrenzfähig bleibt, soll auf dem Areal des Flugplatzes Dübendorf in den nächsten Jahren der Innovationspark Zürich entstehen. Er fördert die Zusammenarbeit und den Wissensaustausch zwischen den Zürcher Hochschulen und der Privatwirtschaft mit dem Ziel, die Umsetzung von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte und Dienstleistungen voranzubringen. Im Berichtsjahr beschäftigten sich die vorberatenden Kommissionen des Kantonsrates mit einem Verpflichtungskredit über 217,8 Mio. Franken, wovon der überwiegende Teil in Form von rückzahlbaren Darlehen oder Vorfinanzierungen geleistet werden soll.

Standortvorteile für die Entwicklung künstlicher Intelligenz nutzen

Die künstliche Intelligenz zählt zu den wichtigsten Zukunftstechnologien. Der Kanton hat optimale Voraussetzungen, um bei der Weiterentwicklung der künstlichen Intelligenz auch international eine Führungsrolle einzunehmen. Dies war das Fazit des traditionellen Standortdialogs des Regierungsrates im November des Berichtsjahres mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Die einzigartige Kombination von führenden Hochschulen, einer innovativen Start-up- und High-techszene sowie internationalen Unternehmen ist der ideale Nährboden für die Entwicklung dieser Zukunftstechnologie. Dazu braucht es aber auch den Schulterschluss zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, die richtigen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen und auch den gesellschaftlichen Diskurs über die vielen noch offenen Fragen. Gerade das Spannungsfeld zwischen Innovation und Privatsphäre, ethische Grundsätze für die Verwendung von künstlicher Intelligenz und arbeitsmarktpolitische Fragen zur Automatisierung werden künftig die öffentliche Diskussion stärker prägen.

Robuster Zürcher Arbeitsmarkt

Der Zürcher Arbeitsmarkt zeigte sich im Berichtsjahr trotz schwacher internationaler Konjunktur robust und die Beschäftigung nahm zu. Im Durchschnitt waren im Kanton rund 18000 Personen arbeitslos gemeldet. Dies führte, zusammen mit Anpassungen bei der Arbeitslosenstatistik, zu einer deutlichen Abnahme der durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 2,5 auf 2,1 Prozent. Auch die Abläufe der seit Juli 2018 geltenden Meldepflicht für Berufsarten mit erhöhter Arbeitslosigkeit haben sich gut eingespielt und die Arbeitgeber nehmen die Meldepflicht ernst. Im Berichtsjahr wurden 21 193 meldepflichtige Stellen gemeldet.

Strukturwandel auf dem Zürcher Finanzplatz

Im Januar des Berichtsjahres wurde eine Studie zum Finanzplatz Zürich veröffentlicht. Zwar büsste der Finanzsektor nach der Finanzkrise nominal an Wertschöpfung ein, trotzdem steuerte er 2017 mit einer Bruttowertschöpfung von 27,3 Mrd. Franken 17 Prozent zum regionalen BIP bei und bleibt so eine zentrale Stütze der Zürcher Wirtschaft. Auch als Arbeitgeber spielen Banken, Versicherungen und sonstige Finanzdienstleister weiterhin eine wichtige Rolle. Knapp jede zehnte beschäftigte Person der

Das Start-up VRM-Schweiz setzt für seinen Flugsimulator auf hochauflösende

Virtual-Reality-Technologie.

Diese wird in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Technik in Rapperswil entwickelt und im Innovationspark Zürich hergestellt.

Region Zürich war 2017 im Finanzsektor tätig. Der deutliche Stellenabbau bei den Banken von 2300 Vollzeitäquivalenten zwischen 2008 und 2016 konnte von den Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern mehr als aufgefangen werden. Im gesamten Finanzsektor resultierte im gleichen Zeitraum ein Beschäftigungsaufbau von 4300 Vollzeitstellen.

Die Studie erwähnt auch die Rolle der über 200 Schweizer Fin-tech-Start-ups im Innovationsprozess, von denen mehr als die Hälfte in den Kantonen Zürich und Zug liegen. Für die etablierten Unternehmen des Finanzplatzes bieten sich daher vielfältige Kooperationsmöglichkeiten, um externes technisches Knowhow zu nutzen.

Legislativziel RRZ 8.1: Die volkswirtschaftliche Standortattraktivität ist gestärkt. Dabei wird die Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials gefördert

Massnahme

Stand

Umsetzung

RRZ 8.1a Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern

Abgeschlossen VD, GD, BI

Die zuständigen Direktionen und die Staatskanzlei sind mit der Umsetzung der elf Massnahmen gemäss Bericht des Regierungsrates (RRB Nr. 917/2018) betraut. Die Staatskanzlei führt zuhause des Regierungsrates bis Ende Juni 2022 ein Monitoring der Umsetzung der Massnahmen und des Erreichens der Zielsetzungen durch.

RRZ 8.1b Die Arbeitsmarktchancen der inländischen Erwerbsbevölkerung durch arbeitsmarktnahe, durchlässige Aus- und Weiterbildungsangebote stärken

Abgeschlossen VD

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

RRZ 8.1c Die Aussenwirtschaftsbeziehungen auf die Zukunftsmärkte gemäss der Länderliste des Regierungsrates fokussieren. Dabei stehen die Themenbereiche Finanzen, Umwelt und Industrie im Vordergrund.

Abgeschlossen VD

Regierungsrat Ernst Stocker reiste stellvertretend für Regierungspräsidentin Carmen Walker Späh nach Guangdong und wurde dort zusammen mit Zürcher Finanzinstituten von Gouverneur Ma Xingrui für den zweiten Financial Round Table empfangen. Anschliessend reiste er nach Hongkong, um sich mit Carrie Lam über die Zusammenarbeit im Finanzsektor auszutauschen.

Anlässlich von «Zürich meets Seoul» konnte mit rund 30 Veranstaltungen in Seoul der wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Dialog zwischen den beiden Metropolen gefördert werden.

RRZ 8.1d Naturwissenschaft und Technik stärken, Berufs- und Studienwahl an den Gymnasien optimieren, berufliche Nach- und Höherqualifizierung verbessern

Abgeschlossen BI

Der Bildungsrat hat den Zwischenbericht zur Umsetzung von NaTech zur Kenntnis genommen. Die Schulen sind in der Umsetzung der Massnahmen auf Kurs. Im Rahmen des Projekts «Gymnasium 2022» ist die Einführung des Fachs Informatik im Unter- und Obergymnasium in Arbeit. Im Rahmen der weiteren Arbeiten sollen die MINT-Fächer in den Studentafeln am Untergymnasium gestärkt sowie die Lehrpläne an den Lehrplan 21 angepasst werden.

RRZ 8.1e Mit Blick auf eine starke Berufsbildung die Attraktivität der Berufsmaturität steigern und die Talentförderung weiter etablieren

Abgeschlossen BI

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

RRZ 8.1f Als Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf das Angebot an Tagesschulen fördern

Abgeschlossen BI

Nach der Gesetzesänderung vom 2. Juli 2018 betreffend Tagesschulen hat der Regierungsrat die Volksschulverordnung angepasst. Mit einer das Projekt abschliessenden Veranstaltung wurden Schulleitungen, Leitungen Betreuung und Behörden über die Veränderungen informiert. Darüber hinaus wurden die Informationsmaterialien des Kantons aktualisiert und die Entwicklung der Tagesschulen weiterhin beobachtet.

RRZ 8.1g Gezielt räumliche Entwicklungsimpulse für den Wirtschaftsraum setzen

Abgeschlossen BD

Auf dem «Givaudan-Areal» in Kemptthal konnten Entwicklungsmöglichkeiten in einem Umfeld mit hohen baukulturellen Werten und einer historisch bedeutenden Industriegeschichte erarbeitet werden. Im Gebiet «Lengg» der Stadt Zürich wird ein national bedeutender Gesundheitscluster ausgebaut. Im Rahmen des Gebietsmanagements wurde mit verschiedenen Vertiefungsstudien begonnen.

Legislativziel RRZ 8.2: Die Innovationskraft und die Branchendiversität am Standort Zürich sind gestärkt

Massnahme

Stand Umsetzung

RRZ 8.2a Ausbau des Clustermanagements durch Abbildung der Clusterstruktur im Kanton Zürich mit dem Clusterbericht, Unterstützung von Forschungsprojekten der Hochschulen, Durchführung von (Netzwerk-)Veranstaltungen mit den Spitzen der Wissenschaft, Wirtschaft und der Politik zu ausgewählten Zukunftsthemen mit Blick auf den Standort Zürich

Abgeschlossen VD

Die Standortförderung erarbeitete im Berichtsjahr einen Grossteil der Grundlagen für die Fortschreibung der Clusterdaten im Netz ab Frühjahr 2020 und baute die Netzwerke in allen Clustern weiter aus. Ausserdem war sie bei rund 40 Anlässen mit Clusterbezug engagiert, davon bei gut 15 Anlässen federführend in der Organisation. Als clusterverbindende Massnahme fand im November der traditionelle Standortdialog mit dem Regierungsrat statt. Der Fokus der Veranstaltung lag auf dem Thema künstliche Intelligenz (siehe Seite 21). Zum Thema Industrie bzw. Werkplatz fand im November der Industriedialog statt, der in Partnerschaft mit MAN Energy Solutions Schweiz AG organisiert wurde. Zwei massgebliche Ereignisse im Finance Cluster waren die Lancierung der Finanzplatzstudie 2019/2020 im Januar (siehe Seiten 21f.) sowie der Finanzdialog im Oktober. Im Aerospace Cluster fand im März das 8. Bodensee Aerospace Meeting in Friedrichshafen statt. Im Cleantech Cluster bildete neben den regelmässigen Lifefair-Foren das 7. Swiss Green Economy Symposium im September einen sehr gut besuchten Höhepunkt. Im Life Science Cluster waren die Höhepunkte der gemeinsam mit dem Kanton Basel ausgerichtete Digital-Health-Anlass im Februar sowie der Smart-Health-Anlass im Juni. Im ICT Cluster fanden zwei Clusterdialoge und zwei PolitTalks sowie Informatiktage statt.

RRZ 8.2b Mitwirken bei der Ausgestaltung und Entwicklung des Innovationsparks in der Stiftung Innovationspark Zürich. Mit Leistungsvereinbarungen sicherstellen, dass das Areal für Innovation genutzt wird

Verzögert VD

Die Governance zwischen der Stiftung Innovationspark Zürich (IPZ) und dem Kanton ist geklärt. Seit der Verabschiedung der Vorlage 5502 betreffend Verpflichtungskredit für den Innovationspark durch den Regierungsrat ist die Vorlage im Kantonsrat pendent. Der Abschluss der Leistungsvereinbarung mit der Stiftung IPZ setzt voraus, dass das Controlling geregelt ist. Die Beschlüsse zum Controllingkonzept für den Innovationspark und zur Leistungsvereinbarung mit der Stiftung IPZ werden voraussichtlich im ersten Quartal 2020 gefällt.

RRZ 8.2c Den Wissens- und Technologietransfer durch den Innovationspark und die Ausweitung auf die Sozial- und Kulturwissenschaften intensivieren

Abgeschlossen BI

Die durch die Schwerpunktsetzung gewonnenen neuen Lehr- und Forschungsinitiativen wurden gefestigt und auf Dauer gestellt, so etwa durch den Abschluss der Revision des Studienangebots in der Philosophischen Fakultät (Bologna 2020) bzw. durch die Etablierung neuer Kompetenzzentren im Rahmen von Nationalfondsaktivitäten (NCCR) oder Universitären Forschungsschwerpunkten (UFSP).

RRZ 8.2d Innovative Lösungen für neue Formen des Wissens- und Technologietransfers im Rahmen von Graduiertenprogrammen, Spin-offs und assoziierten Instituten entwickeln

Abgeschlossen BI

Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), die Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) und die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) führen im Rahmen der projektgebundenen Beiträge des Bundes zahlreiche Kooperationsprojekte im In- und Ausland für Doktoratsausbildungen durch.

Die ZHAW hat verschiedene Labs aufgebaut, um ihre Kernkompetenzen in ausgewählten Themengebieten in Projekte mit externen Partnern einzubringen. Zum Teil werden diese Labs in Kooperation mit anderen Hochschulpartnern betrieben. Der Z-Kubator fördert Künstlerinnen und Künstler, Designerinnen und Designer sowie Vermittlerinnen und Vermittler der ZHdK an der Schnittstelle zwischen künstlerischer oder gestalterischer Idee und Unternehmertum.

Ferner haben ZHAW, ZHdK und PHZH gemeinsam mit der Universität Zürich (UZH) eine Digitalisierungsinitiative entwickelt. Mit der Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen will der Kanton seine Wettbewerbsfähigkeit als Forschungs- und Entwicklungsstandort im nationalen und internationalen Wettbewerb stärken.

Seit 2018 werden die Innovationsaktivitäten durch den UZH Innovation Hub gefördert. Dazu gehören die Digital Entrepreneurship Trainings, das einwöchige UZH Innovators Camp und die UZH Entrepreneur Fellowships für BioTech- und MedTech-Projekte. Mit den Fellowships werden junge Forschende unterstützt, auf Forschungsergebnissen der UZH basierende Produkte und Services zu entwickeln und auf den Markt zu bringen.

09 Finanzen und Steuern

Im September 2019 wurde die 1. Etappe der **Limmattalbahn** bis Schlieren in Betrieb genommen. Bereits sind die Bauarbeiten an der 2. Etappe im Gang. Insgesamt werden von den Kantonen Zürich und Aargau sowie vom Bund 755 Mio. Franken investiert.

Kantonale Umsetzung der Steuerreform

Am 19. Mai des Berichtsjahres nahm das Schweizer Stimmvolk das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) an. Damit wurden international nicht mehr akzeptierte Steuerprivilegien für überwiegend im Ausland tätige Holding-, Domizil- und gemischte Gesellschaften aufgehoben.

Bereits am 1. April des Berichtsjahres hatte der Kantonsrat die kantonale Umsetzungsvorlage (Steuervorlage 17) verabschiedet, die von den Stimmberechtigten am 1. September auch angenommen wurde. Damit wurde den Unternehmen umgehend die nötige Rechtssicherheit geboten.

Ab der Steuerperiode 2020 stehen nun allen Unternehmen neue Steuerabzüge für Forschung und Entwicklung, Patentverwertung und Eigenfinanzierung offen, mit denen die negativen Auswirkungen der Vorlage ausgeglichen werden können. Eine moderate Senkung der Gewinnsteuer ergänzt ab der Steuerperiode 2021 diese gezielt wirkenden Abzüge. Weiter sorgt der Kanton dafür, dass die Gemeinden und Städte zusätzliche Mittel erhalten, unter anderem für die Finanzierung der Zusatzleistungen zur AHV/IV. Mit einer wettbewerbsfähigen Unternehmensbesteuerung soll der Wirtschaftsstandort Zürich attraktiv bleiben: Arbeitsplätze sollen im Kanton gehalten und Steuererträge längerfristig gesichert werden.

Automatischer Informationsaustausch in Steuersachen: Flut von Meldungen

Seit dem Inkrafttreten des Automatischen Informationsaustauschs in Steuersachen werden jährlich über eine multilaterale Vereinbarung Steuerdaten ausgetauscht. Diese umfassen Identifikations-, Konto- und Finanzinformationen der natürlichen und juristischen Personen mit Kontoverbindungen in den an der Vereinbarung beteiligten Staaten.

Im Berichtsjahr gingen über 475 000 solcher Meldungen beim Kanton ein. Die Bearbeitung dieser Meldungen ist mit einem erheblichen Mehraufwand verbunden, da die Auswertung der Daten nicht automatisch erfolgen kann. So werden die grössten Fälle durchgehend abgeklärt und auf ihre Konsistenz mit den im Kanton eingereichten Steuererklärungen geprüft. Weitere relevante Meldungen werden stichprobenartig abgearbeitet.

2350 Personen zeigten sich zudem in Steuersachen selbst an. Das sind deutlich weniger als in den beiden Vorjahren, die durch eine Flut von Selbstanzeigen wegen des damals bevorstehenden Inkrafttretens des Automatischen Informationsaustauschs geprägt waren. Dennoch liegt die Zahl deutlich über dem Durchschnitt der vorangehenden Jahre. Wie hoch die Steuererträge für den Bund, den Kanton und die Gemeinden aufgrund der neu eingegangenen Selbstanzeigen sind, wird erst bekannt sein, nachdem diese Fälle behandelt worden sind.

In den zehn Jahren seit der Einführung der straflosen Selbstanzeige 2010 sind im Kanton 25 600 solcher Anzeigen eingegangen; dabei konnten bis jetzt Nachsteuern zugunsten von Kanton und Gemeinden in der Höhe von 660 Mio. Franken in Rechnung gestellt werden.

Legislativziel RRZ 9.1: Die Steuerbarkeit von Budget und Finanzplanung ist erhalten

Massnahme	Stand	Umsetzung
RRZ 9.1b Die Transparenz über Kostentreiber verbessern als Voraussetzung zur Priorisierung von Leistungen und Aufwendungen	Abgeschlossen	SK
Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.		

Legislativziel RRZ 9.2: Die erforderliche Erweiterung und Erneuerung der Infrastruktur werden mit innovativen Lösungen besser umgesetzt und finanziert

Massnahme	Stand	Umsetzung
RRZ 9.2a Ein Strategisches Erhaltungsmanagement (SEM) einführen und etablieren zur Sicherstellung der hohen Verfügbarkeit bei knapper werdenden Mitteln und steigenden Nutzeransprüchen	Abgeschlossen	BD
Die SEM-Grundlagen unterstützen die operative Erhaltungsplanung sowie die zeitliche und inhaltliche Koordination der Erhaltungsmaßnahmen. Der SEM-Ansatz zur netzweiten Langfristprognose des Mittelbedarfs wurde für die Fahrbahnoberbauten der Staatsstrassen vollumfänglich umgesetzt bzw. in einer vereinfachten Form für die Kunstbauten und die Betriebs- und Sicherheitsanlagen implementiert.		
RRZ 9.2d Möglichkeiten prüfen, wie Planung und Verwendung der Mittel im Strassenfonds und Flughafenfonds im Rahmen der Zweckbindung flexibler auf den jährlich schwankenden Finanzbedarf und die anstehenden Grossprojekte (Strassenfonds) ausgerichtet werden können	Abgeschlossen	VD
Der Schlussbericht des Projekts Strassenfinanzierung wurde am 12. Juli des Berichtsjahres durch die Regierungspräsidentin, den Baudirektor und den Finanzdirektor zur Kenntnis genommen. Als Massnahme wurde beschlossen, die Finanzen des Strassenfonds im Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) und im Geschäftsbericht transparenter auszuweisen (RRB Nr. 1156/2019).		
RRZ 9.2e Standards für Baukosten und für betriebliche sowie qualitative Anforderungen erarbeiten und für Hochbauten verbindlich umsetzen	Verzögert	BD
Der Kantonsrat verlangt mit den Leistungsmotionen KR-Nrn. 28/2017 und 29/2017, dass das Hochbauamt Massnahmen ausarbeitet, die Einsparungen für kantonale Hochbauten von bis zu 25 Prozent ermöglichen. Dieselbe Stossrichtung verfolgt die Massnahme F21.1 in RRB Nr. 236/2016 (Leistungsüberprüfung 2016). Das Hochbauamt hat einen Antrag mit einem Massnahmenplan ausgearbeitet, der dem Regierungsrat 2020 zum Beschluss vorgelegt wird.		

Legislativziel RRZ 9.3: Das Steuersubstrat ist durch Erhalt der Position im interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb gesichert

Massnahme	Stand	Umsetzung
RRZ 9.3a Die Steuerreform 17 (SV17) nach Verabschiedung durch die eidgenössischen Räte umsetzen und dabei die Konkurrenzfähigkeit des Kantons erhalten	Abgeschlossen	FD
Siehe Seite 24.		
RRZ 9.3b Das Steuermonitoring betreffend natürliche und juristische Personen im bisherigen Rahmen weiterführen	Abgeschlossen	FD
Nach dem von BAK Economics entwickelten Index lag die Steuerbelastung für die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons im Berichtsjahr weiterhin deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Gemäss Steuerbelastungsmonitor 2019 liegt der Kanton unverändert auf Rang 10. Bei der Unternehmensbesteuerung dagegen liegt er im hinteren Drittel und ist gegenüber dem Vorjahr um einen Rang auf Rang 23 zurückgefallen.		
RRZ 9.3c Rechtzeitig eine Steuerstrategie formulieren unter Berücksichtigung des Monitorings und in Abhängigkeit von der Steuerreform 17 (SV17) sowie unter Berücksichtigung der Entwicklungen in anderen Kantonen, auf nationaler und internationaler Ebene	Abgeschlossen	FD
Vgl. Kommentar zum RRZ 9.3a		

10 Allgemeine Verwaltung

Wahljahr

Gleich fünf Erneuerungswahlen wurden im Berichtsjahr vom Kanton durchgeführt. Im März wurden der Kantonsrat und der Regierungsrat neu gewählt. Im Oktober folgten die Ständerats- und Nationalratswahlen mit einem zweiten Wahlgang für den Ständerat im November. Sämtliche Wahlen wurden korrekt und reibungslos durchgeführt. Zudem wurde an drei Sonntagen über drei eidgenössische und drei kantonale Vorlagen abgestimmt. Im Januar des Berichtsjahres lancierten der Bund und die Kantone gemeinsam die App «VoteInfo». Zum ersten Mal stehen damit auf einer Plattform Abstimmungserläuterungen und -ergebnisse für alle eidgenössischen und kantonalen Vorlagen zur Verfügung. Am Abstimmungstag werden ab 12 Uhr Zwischenergebnisse veröffentlicht und bis zum Vorliegen der Schlussresultate laufend aktualisiert. Die Bundeskanzlei hat die App «VoteInfo» in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Zürich auf Basis der «Züri stimmt App» realisiert. Das Statistische Amt hat mit technischem Knowhow und der Koordination von Drittpartnern und Kantonen massgeblich zum Aufbau der neuen App beigetragen.

Legislaturplanung

Im Berichtsjahr legte der Regierungsrat die politische Planung für die nächsten vier Jahre vor. Er fokussiert sich auf 10 Legislaturziele und 53 Massnahmen zur Bewältigung künftiger Herausforderungen. Eine sorgfältige und breit abgestützte Lagebeurteilung diente als Grundlage für die Erarbeitung der Schwerpunkte. Mit den Zielen und Massnahmen sollen unter anderem die Möglichkeiten der Digitalisierung gezielt ausgeschöpft und das kantonale Leistungsangebot konsequent auf die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden ausgerichtet werden. Das Bevölkerungswachstum und Mobilitätswachstum fordert den Staat. Leistungsfähige Verkehrsinfrastrukturen müssen vorangetrieben und noch besser auf die Lebensräume abgestimmt werden. Es ist wichtig, dass alle Bevölkerungsgruppen angemessen in die Gesellschaft eingebunden sind und sich keine Parallelstrukturen bilden. Langfristig muss der Kanton seinen Beitrag zur Begrenzung des globalen Klimawandels leisten. Der Regierungsrat sieht dazu eine Klimastrategie, ein Vorgehen zur Dekarbonisierung sowie neue Massnahmenpläne zur Verminderung der Treibhausgase und zur Anpassung an den Klimawandel vor.

Umsetzung Strategie Digitale Verwaltung und IKT-Strategie

Der Kanton Zürich bereitet sich koordiniert und directionsübergreifend auf digitale Veränderungen der Zukunft vor und gestaltet diese aktiv mit. Die 2018 lancierte Strategie Digitale Verwaltung wurde auch im Berichtsjahr mit konkreten Umsetzungsarbeiten weiter vorangetrieben. So bewilligte der Regierungsrat Ausgaben für das elektronische Einbürgerungsverfahren. Die voraussichtlich 2022 zur Verfügung stehende Plattform wird nicht nur für die Gesuchstellenden einen einfacheren und transparenteren Prozess erlauben, bei dem jederzeit der Bearbeitungsstatus eines Gesuches einsehbar ist, sie erleichtert auch die Koordination zwischen den beteiligten Amtsstellen.

Auch bei der Strategie «Informations- und Kommunikationstechnologie IKT» wurden grosse Umsetzungsfortschritte gemacht. Neun von zwölf Teilprojekten konnten von der Initialisierungs- in die Konzeptphase übergeführt werden. So wurden beispielsweise Hardware und Dienstleistungen in den Bereichen Digitaler Arbeitsplatz, Mobile Geräte, Unified Communications & Collaboration und Messaging sowie Rechenzentren im Berichtsjahr öffentlich ausgeschrieben.



Die Digitalisierung bewegt die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung wie auch die Bevölkerung. Am Digitalfestival 2019 entstanden bei einem vom Kanton organisierten interaktiven Lab interessante Diskussionen rund um die Frage «Wie können wir das Vertrauen in den Staat in Zeiten der Digitalisierung aufrechterhalten?».

Legislativziel RRZ 10.1: Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 10.1a Die Struktur der Leistungsgruppen des Kantons überprüfen, um die Aufgabenerfüllung, Kompetenzen und Verantwortung besser abzubilden</p> <p>Zuhanden des Regierungsrates wurde in drei Bereichen geprüft, ob die Struktur der Leistungsgruppen eine Abstimmung zwischen sachbezogener Planung bzw. Berichterstattung und Finanzplanung sowie -berichterstattung des Regierungsrates erlaubt: a. Darstellung von Budget (KEF) und Jahresrechnung (Geschäftsbericht) nach funktionaler Gliederung gemäss HRM2; b. Abstimmung der Politikbereiche und der langfristigen Ziele gemäss § 1 VOG RR auf die funktionale Gliederung gemäss HRM2; c. Bildung der Leistungsgruppen des Kantons nach einheitlichen Kriterien. Die Prüfung ergab, dass eine – auch punktuelle – Bereinigung der Leistungsgruppenstruktur für die Direktionen mit grossem Aufwand verbunden wäre. Deshalb wurde darauf verzichtet, eine Projektorganisation zur Erarbeitung eines Konzepts mit diesem Ziel einzusetzen. Ein Teil des festgestellten Handlungsbedarfs soll im Rahmen des Projekts Interne Verrechnung von Konzernleistungen der Finanzverwaltung abgedeckt werden.</p>	Abgeschlossen	SK
<p>RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen</p> <p>Der Handlungsbedarf betreffend Umsetzung der Richtlinien über die Public Corporate Governance (PCG) wurde bei den Beteiligungen mit Zuständigkeit der Direktionen weiter geprüft und dem Regierungsrat im März zur Aussprache unterbreitet. Während des ganzen Berichtsjahres wurden zudem die Geschäfte des Regierungsrates auf ihre Übereinstimmung mit den Richtlinien über die Public Corporate Governance geprüft.</p>	Abgeschlossen	SK, JI, DS, FD, VD, GD, BI
<p>RRZ 10.1d Erarbeitung der Informatikstrategie 2018–2020 mit der Stossrichtung Standardisierung, Professionalisierung und Automatisierung der direktionsübergreifenden IT-Services sowie der Stossrichtung Voraussetzung schaffen für die komplette Digitalisierung in den Direktionen</p> <p>Die kantonale IKT-Strategie wurde mit dem RRB Nr. 383/2018 beschlossen. Die Umsetzung verläuft planmässig bis 2024. Für weitere Informationen siehe Seite 26.</p>	Abgeschlossen	FD
<p>RRZ 10.1i Die zuständigen Verwaltungseinheiten auf die neuen Rollen und Funktionen im Immobilienmanagement ausrichten</p> <p>Das Hochbauamt wurde auf die neuen Rollen ausgerichtet und arbeitet gemäss den vom Kantonsrat beschlossenen Modellen (Mietermodell, Delegationsmodell für Universitätsbauten, Baurechtsmodell für Gesundheitsbauten). Die entsprechenden Grundlagen und Vorlagen wurden insbesondere im Rahmen des Projekts WIM (Weiterentwicklung Immobilienmanagement) geschaffen. Die Zusammenarbeit im Mietermodell erfolgt gemäss dem Immobilienhandbuch (RRB Nr. 1090/2018). Die Rollenteilung zwischen Hochbauamt und Universität Zürich ist in einer eigenen Immobilienverordnung festgelegt worden (RRB Nr. 593/2018). Im Baurechtsmodell erbringt das Hochbauamt Bauprojektmanagement-Dienstleistungen gemäss den unterzeichneten Zusammenarbeitsvereinbarungen.</p>	Teilweise abgeschlossen	BD
<p>RRZ 10.1j Umsetzung der personalpolitischen Schwerpunkte 2016–2019 mit den Projekten HR 2020, Stellenplan als internes Steuerungsinstrument und Kompetenzmodell 2020</p> <p>Die Projekte HR 2020 und Kompetenzmodell 2020 wurden erfolgreich umgesetzt. Auf die Umsetzung der Massnahme Stellenplan als internes Steuerungsinstrument wurde verzichtet.</p>	Abgeschlossen	FD

Legislativziel RRZ 10.2: Neue Technologie ermöglicht eine verantwortungsvolle Datennutzung zur Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, zur Entlastung der Wirtschaft und für mehr Transparenz zugunsten der Zivilgesellschaft

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 10.2d Vermehrte Möglichkeiten der elektronischen Übermittlung von steuerlich relevanten Daten prüfen und umsetzen. Mit den Gemeinden eine einheitliche IT-Plattform für sämtliche Prozesse im Steuerbereich anstreben</p> <p>Die Erarbeitung der Grundlagen für die Einführung des gemeinsamen Registers wurde fortgesetzt. Der Abschluss der Initialisierungsphase ist für 2021 geplant.</p>	Verzögert	FD
<p>RRZ 10.2e Georeferenzdaten für alle Behörden und für die Öffentlichkeit zentral beschaffen und Geodaten zur umfassenden Nutzung durch die Öffentlichkeit bereitstellen</p> <p>Der Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.</p>	Abgeschlossen	BD
<p>RRZ 10.2f Eine elektronische Plattform für Baugesuche (ePB) schaffen, wo diese elektronisch eingereicht und der Stand der Bearbeitung verfolgt werden können</p> <p>Die technische Umsetzung der Plattform ist abgeschlossen. Die Freigabe der Einführungsphase wurde erteilt.</p>	Abgeschlossen	BD
<p>RRZ 10.2g Das Informationsportal der Bildungsstatistik für stationäre und mobile Internetnutzung ausbauen und weiterentwickeln sowie das Informationsangebot besser auf Zielgruppen ausrichten</p> <p>Das Service-Portal Bildungsstatistik für Schulgemeinden und Bildungseinrichtungen wurde erstellt. Es wird in den ersten Wochen des Jahres 2020 aufgeschaltet.</p>	Abgeschlossen	BI
<p>RRZ 10.2h Den Aufbau eines elektronischen Patientendossiers im Kanton unterstützen</p> <p>Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.</p>	Abgeschlossen	GD
<p>RRZ 10.2j Umsetzung der weiteren Projekte der HR Informatik Weiterentwicklung, namentlich Sicherstellung einheitliches SAP-Organisationsmanagement, HR-Informationsportal für Führungskräfte und Überführung der Absenzdaten in SAP HCM</p> <p>Mit einer Ausnahme wurden alle Projekte der HR Informatik erfolgreich abgeschlossen. Das Projekt Überführung der Absenzdaten in SAP HCM musste aus verschiedenen Gründen zunächst sistiert werden. Auf die Umsetzung wurde nun verzichtet. Das Thema wird im Rahmen der neu zu erarbeitenden HR-IT-Roadmap wieder aufgenommen.</p>	Abgeschlossen	FD

Legislaturziel RRZ 10.3: Die Interessen des Kantons in den föderalen Strukturen sind gewahrt

Massnahme	Stand	Umsetzung
<p>RRZ 10.3a Die Positionierung der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich als interkantonale Regionalkonferenz stärken</p> <p>Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.</p>	Abgeschlossen	SK
<p>RRZ 10.3b Die volkswirtschaftlichen Bedürfnisse des Kantons frühzeitig in die Umsetzungsarbeiten zur Masseneinwanderungsinitiative einbringen, um den Kanton im innerschweizerischen Wettbewerb zu positionieren und seine Interessen durchzusetzen</p> <p>Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.</p>	Abgeschlossen	VD
<p>RRZ 10.3c Die Entwicklung des Steuerrechts auf Bundesebene durch Einsitz in Arbeitsgruppen und Nutzung der Vernehmlassungsrechte mitgestalten</p> <p>Der Kanton hat auch im Berichtsjahr die Entwicklung des Steuerrechts auf Bundesebene durch Einsitz in Arbeitsgruppen und Nutzung der Vernehmlassungsrechte mitgestaltet, so etwa in den Vernehmlassungsverfahren zum Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung, zur Änderung der Berufskostenverordnung (Begrenzung des Fahrkostenabzugs bei Geschäftsfahrzeugen) oder zu den elektronischen Verfahren im Steuerbereich. Der Kanton hat im September sodann das Präsidium der Schweizerischen Steuerkonferenz übernommen.</p>	Abgeschlossen	FD
<p>RRZ 10.3d Die Interessen bezüglich Bau eines Tiefenlagers des Kantons Zürich wahren und die betroffenen Gemeinden unterstützen (Etappe 2 des Sachplans geologische Tiefenlager)</p> <p>Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.</p>	Abgeschlossen	BD

Finanzen im Überblick

Eckwerte

in Mio. Franken	Rechnung 2018	Budget 2019	Rechnung 2019	Differenz R 18/19	
				Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung					
Betrieblicher Ertrag	15 517	15 270	15 846	329	2.1
Betrieblicher Aufwand	-15 312	-15 510	-15 724	-411	-2.7
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	204	-240	122	-82	-40.3
Finanzertrag	431	481	532	101	23.5
Finanzaufwand	-87	-92	- 88	-1	-1.4
Finanzergebnis	344	389	444	100	29.1
Ausserordentliches Ergebnis	-	-	-	-	n.a.
Jahresergebnis	548	148	566	18	3.2
Investitionsrechnung					
Investitionseinnahmen	121	88	176	56	46.1
Investitionsausgaben	-1 110	-1 373	-1 213	-104	-9.3
Saldo Investitionsrechnung	-989	-1 285	-1 037	-48	-4.9
Finanzierungsrechnung					
Saldo der Finanzierungsrechnung	159	-563	176	17	10.5
Bilanz					
Umlaufvermögen (UV)	5 828		5 976	148	2.5
- Finanzvermögen UV	5 828		5 976	148	2.5
Anlagevermögen (AV)	15 992		16 499	507	3.2
- Finanzvermögen AV	1 224		1 353	129	10.6
- Verwaltungsvermögen	14 768		15 146	378	2.6
Total Aktiven	21 820		22 475	655	3.0
Kurzfristiges Fremdkapital	-6 033		-6 529	-495	-8.2
Langfristiges Fremdkapital	-6 290		-5 882	409	6.5
Eigenkapital	-9 497		-10 065	-568	-6.0
Total Passiven	-21 820		-22 475	-655	-3.0
Geldflussrechnung					
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit	1 158		796	-362	-31.3
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-980		-912	69	7.0
Geldfluss vor Finanzierungstätigkeit	177		-116	-293	>100.0
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	87		157	70	79.7
Zunahme Flüssige Mittel	264		41	-224	-84.6
Kennzahlen					
Selbstfinanzierungsgrad in %	116.1		116.9		
Verschuldung	4 577		4 392		

Beurteilung

Nach vier weitgehend ausgeglichenen Abschlüssen 2012 bis 2015 konnten die letzten vier Jahre Ertragsüberschüsse erzielt werden.

Das erfreuliche Ergebnis 2019 ist in der starken Wirtschaftslage begründet. Die ganze Verbesserung von 419 Mio. Franken ist darauf zurückzuführen: Sowohl die höheren Steuererträge von 250 Mio. Franken und die höhere Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank von 119 Mio. Franken als auch die Höherbewertung von Liegenschaften von 85 Mio. Franken sind Ausdruck davon.

Der gesetzlich geforderte mittelfristige Ausgleich über die letzten acht Jahre ist klar erreicht (kumulierter Ertragsüberschuss von 758 Mio. Franken). Die Nettoschulden konnten von 4,58 auf 4,39 Mrd. Franken verringert werden, der Selbstfinanzierungsgrad lag bei 117 Prozent.

Die Ratingagenturen Standard & Poor's und Fitch vergeben dem Kanton Zürich weiterhin die Höchstnote.

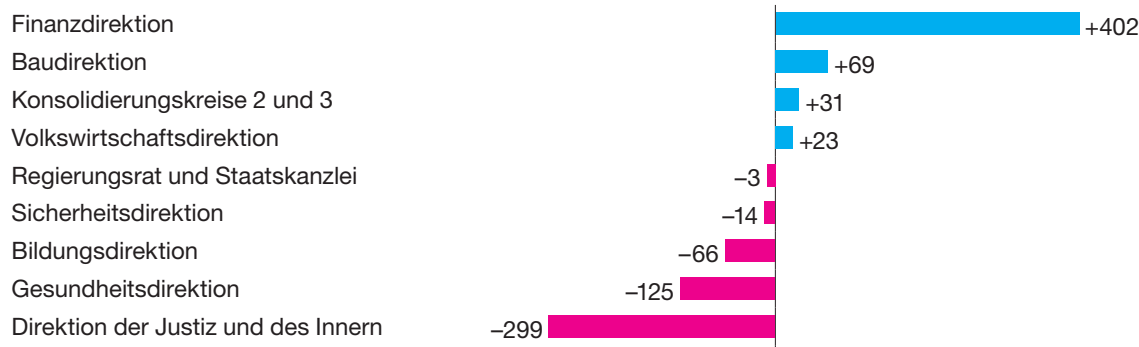
**Fortschrittliche
Zahlungsmethoden**
sind heute auch im traditionellen
Kleingewerbe bereits Alltag.
Verschiedene Anbieter drängen mit neuen
Applikationen auf den hiesigen Markt.



Erläuterungen

Vergleich Rechnung 2019 mit Rechnung 2018

Saldo pro Direktion: Abweichung insgesamt +18 Mio. Franken



Die Erfolgsrechnung 2019 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 566 Mio. Franken und damit um 18 Mio. Franken besser ab als 2018.

Wichtigste Veränderungen (in Millionen Franken):

+402 Finanzdirektion

- +426 Höhere Steuererträge
- 26 Nationaler Finanzausgleich

+69 Baudirektion

- +73 Liegenschaften im Finanzvermögen

-66 Bildungsdirektion

- 54 Volksschulen, Mittelschulen und Universität

-125 Gesundheitsdirektion

- 111 Transferaufwand in der somatischen Akutversorgung und Rehabilitation

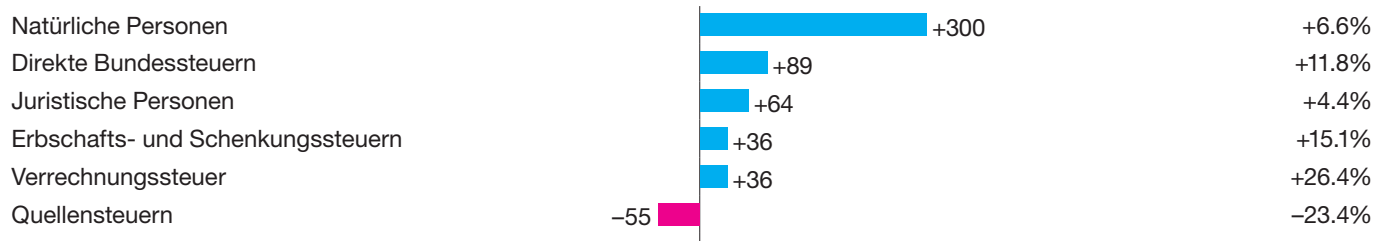
-299 Direktion der Justiz und des Innern

- 263 Kantonaler Finanzausgleich

Der Saldo der Investitionsrechnung 2019 beträgt -1037 Mio. Franken (Vorjahr: -989 Mio. Franken). Die Investitionsausgaben sind mit 1213 Mio. Franken um 104 Mio. Franken höher als im Vorjahr. Grosse Zunahmen sind vor allem bei der Baudirektion zu verzeichnen. Dort entfallen von 242 Mio. Franken Zunahme 221 Mio. Franken auf Liegenschaften im Verwaltungsvermögen. Die Bildungsdirektion verzeichnet eine Abnahme um 68 Mio. Franken, vor allem bei den Hochbauinvestitionen. Die Investitionseinnahmen betragen im Berichtsjahr 176 Mio. Franken und sind damit um 56 Mio. Franken höher als im Vorjahr.

Nettosteuererträge 2019

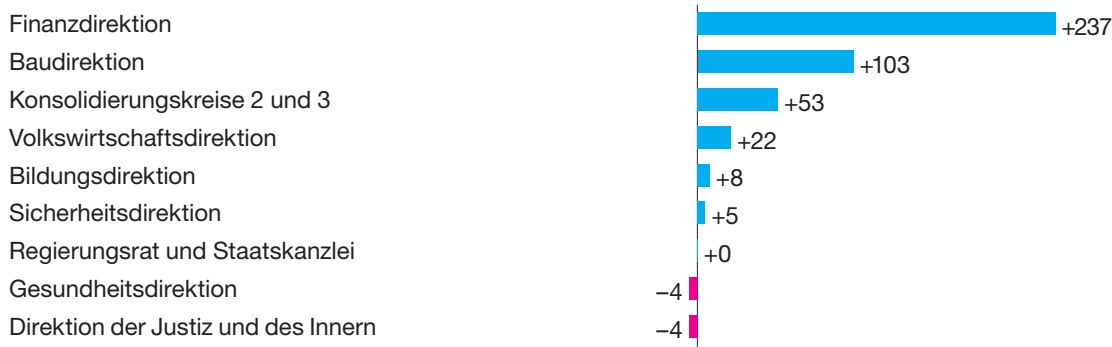
Abweichung gegenüber Rechnung 2018: +426 Mio. Franken (+5.8%)



Die Nettosteuererträge sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um 426 Mio. Franken oder 5,8 Prozent gestiegen. Sowohl die Staatssteuern als auch die direkte Bundessteuer, die Verrechnungssteuer und die Erbschafts- und Schenkungssteuern sind im Berichtsjahr höher ausgefallen. Bei den natürlichen Personen war eine Zunahme von 300 Mio. Franken, bei den juristischen Personen von 64 Mio. Franken zu verzeichnen. Hingegen nahmen die Quellensteuererträge um 55 Mio. Franken ab.

Vergleich Rechnung 2019 mit Budget 2019 (einschliesslich Nachtragskrediten)

Saldo pro Direktion: Abweichung insgesamt +419 Mio. Franken



Das Budget 2019 sah ein Jahresergebnis von +148 Mio. Franken vor. Die Erfolgsrechnung 2019 schliesst damit um 419 Mio. Franken besser ab.

Die Investitionsausgaben liegen 167 Mio. Franken tiefer als budgetiert, die Investitionseinnahmen 88 Mio. Franken höher. Damit schliesst die Investitionsrechnung um 255 Mio. Franken besser ab als budgetiert.

Wichtigste Veränderungen (in Millionen Franken)¹:

+237 Finanzdirektion

- +250 Höhere Steuererträge
- +119 Höhere Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank
- 150 Pauschale Verbesserungsvorgabe in Leistungsgruppe Nr. 4950, dezentral umgesetzt

+103 Baudirektion

- +85 Marktwertanpassungen und den Buchgewinnen aus Verkäufen von Liegenschaften im Finanzvermögen

+53 Behörden, Rechtspflege und Anstalten

- +22 Rechtspflege
- +19 Kantonsspital Winterthur

+22 Volkswirtschaftsdirektion

- +15 Tieferer Kantonsbeitrag an den ZVV

¹ In Teil II des Geschäftsberichts wird das Budget 2019 einschliesslich Nachtragskrediten und Kreditübertragungen ausgewiesen. Die Abweichungen zur Rechnung 2019 fallen dort entsprechend anders aus.

Eigenkapital und mittelfristiger Ausgleich 2012–2019

Dank des Ertragsüberschusses 2019 steigt das Eigenkapital auf rund 10,1 Mrd. Franken an.

Der mittelfristige Ausgleich in der Periode 2012–2019 wird erreicht: Der für die Berechnung massgebliche Ertragsüberschuss beträgt knapp 758 Mio. Franken. Aufgrund der mit Vorlage 4851, Sanierung der Versicherungskasse für das Staatspersonal, beschlossenen und in der Volksabstimmung vom 3. März 2013 bestätigten Regelung wird die Rückstellung 2011 für die Sanierung der kantonalen Pensionskasse BVK im Umfang von 2,6 Mrd. Franken im Betrag von 1,6 Mrd. Franken nicht und der Rest erst mit Verzögerung in den mittelfristigen Ausgleich eingerechnet. Zudem wurde mit KR-Nr. 245/2015 festgelegt, dass die seit 2015 von der Zürcher Kantonalbank auszurichtende Abgeltung der Staatsgarantie nicht dem mittelfristigen Ausgleich angerechnet wird. Ohne diese Spezialregelungen wäre der mittelfristige Ausgleich der Erfolgsrechnung mit 1,8 Mrd. Franken erreicht.

Geldflussrechnung

Im Berichtsjahr haben die flüssigen Mittel um 41 Mio. Franken zugenommen. Aus betrieblicher Tätigkeit sind dem Staatshaushalt 796 Mio. Franken zugeflossen, aus Investitionstätigkeit sind 912 Mio. Franken abgeflossen. Dazu kommen Zuflüsse aus Finanzierungstätigkeit von 157 Mio. Franken.

Kennzahlen

Im Berichtsjahr liegt der Selbstfinanzierungsgrad bei 117 Prozent. Damit konnten die Nettoinvestitionen vollständig aus Mitteln der Erfolgsrechnung finanziert werden, und die Verschuldung – definiert als Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen – nahm um 185 Mio. Franken auf rund 4,4 Mrd. Franken ab.

Ressourcen

Personal

Hauptereignisse

Die Massnahmen der «Personalpolitischen Schwerpunkte 2016–2019» konnten grösstenteils umgesetzt werden, insbesondere wurde das neue Kompetenzmodell 2020 eingeführt. Auch die noch offenen Projekte der «HR IT-Weiterentwicklung 2016–2019» wurden erfolgreich abgeschlossen, zu nennen ist vor allem die im Konsolidierungskreis 1 flächendeckende Einführung des E-Dossiers und die weitgehende Einführung des HR-Infoportals für Vorgesetzte. Der Rollout für die verbleibenden Verwaltungseinheiten erfolgt 2020.

Weiter wurde die neue «Personalstrategie 2019–2023» in enger Zusammenarbeit mit den Direktionen und der Staatskanzlei erarbeitet und vom Regierungsrat beschlossen, ebenso wie die «Initialisierung HR Informatik 2019 bis 2023». Insbesondere das strategische Handlungsfeld «HR-Geschäftsmodell» und die Ablösung des Personalmanagement- und Lohnadministrationssystems SAP Stäfa wird die HR-Bereiche in den nächsten Jahren stark beschäftigen.

Finanzielle Entwicklung

Personalaufwand¹

	2019 Fr. 1000	2018 Fr. 1000	Differenz %
300 Behörden, Kommissionen und Richter	-19 723	-19 305	-2.2
301 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	-1 241 797	-1 268 091	2.1
302 Löhne der Lehrkräfte	-666 940	-649 059	-2.8
Total Löhne	-1 928 461	-1 936 455	0.4
303 Temporäre Arbeitskräfte	-2 441	-3 259	25.1
304 Zulagen	-17 874	-17 698	-1.0
305 Arbeitgeberbeiträge	-401 356	-402 231	0.2
306 Arbeitgeberleistungen	-7 085	-9 165	22.7
309 Übriger Personalaufwand	-19 640	-20 460	4.0
Total Personalaufwand Direktionen und Staatskanzlei	-2 376 856	-2 389 267	0.5

UBS-Lohnumfrage 2015 bis 2019 und Lohnrunde Kanton Zürich²

Jahr	UBS-Lohnumfrage Prognosewert Lohnrunde	UBS-Lohnumfrage Tatsächlicher Wert Lohnrunde	Lohnrunde Kanton Zürich
	%	%	%
2015	0.93	0.80	0.6
2016	0.50	0.50	0.4
2017	0.60	0.70	0.4
2018	0.70	0.80	0.9
2019	1.00	0.90	1.6

Lohnaufwand³

	2019 Fr. 1000	2018 Fr. 1000	Differenz %
Total Direktionen und Staatskanzlei	-1 926 727	-1 934 858	0.4
1 Regierungsrat und Staatskanzlei	-9 689	-9 197	-5.4
2 Direktion der Justiz und des Innern	-200 742	-194 396	-3.3
3 Sicherheitsdirektion	-470 156	-459 377	-2.3
4 Finanzdirektion	-111 154	-106 850	-4.0
5 Volkswirtschaftsdirektion	-83 435	-82 538	-1.1
6 Gesundheitsdirektion ⁴	-41 851	-98 606	57.6
7 Bildungsdirektion	-839 312	-817 095	-2.7
8 Baudirektion	-170 389	-166 799	-2.2

Beschäftigungsumfang

	Total	Angestellte ⁵	Übrige ⁶
Total Direktionen und Staatskanzlei	26 170.3	25 717.1	453.0
1 Regierungsrat und Staatskanzlei	64.1	56.7	7.3
2 Direktion der Justiz und des Innern	1 765.7	1 733.8	31.9
3 Sicherheitsdirektion	4 556.0	4 513.1	42.8
4 Finanzdirektion ⁷	1 128.4	933.8	194.6
5 Volkswirtschaftsdirektion	777.8	777.1	0.7
6 Gesundheitsdirektion	382.9	369.3	13.6
7 Bildungsdirektion	15 900.4	15 825.5	74.9
8 Baudirektion	1 595.0	1 507.8	87.2

¹ Die Personal- und Lohnstatistik beschränkt sich auf die dem Regierungsrat unterstellten Direktionen und die Staatskanzlei, d. h., die Behörden, die Rechtspflege, die selbstständigen und unselbstständigen Anstalten sind nicht Bestandteil der Statistik. Ein Auszug der Personal- und Lohnstatistik ist als Online-Publikation verfügbar.

² Die Festlegungen zur Lohnentwicklung berücksichtigen die Lohnentwicklung bei Arbeitgebern mit Bedeutung für den Wirtschaftsraum Zürich (UBS-Lohnumfragen), den kantonalen Finanzhaushalt und die Vorjahres-Lohnrunden der deutschsprachigen kantonalen Verwaltungen. In der Tabelle sind die Werte der UBS-Lohnumfrage der letzten fünf Jahre im Vergleich zu den Lohnrunden des Kantons (mit Teuerung, ohne Einmalzulagen) aufgeführt.

³ Lohnaufwand ohne Sanierungsprogramme (Finanzdirektion), Berufsbildungsfonds (Bildungsdirektion) und Natur- und Heimatschutzfonds (Baudirektion)

⁴ Differenz vor allem aufgrund Reduktion des Personals durch Verselbstständigung der IPW, die ab 2019 nicht mehr Teil der Gesundheitsdirektion ist

⁵ Angestellte in Vollzeiteinheiten: Anstellungen gemäss PVO und Lehrpersonen (unbefristet und befristet)

⁶ Übriges Personal: Mitglieder von Behörden, Lernende, Praktikantinnen und Praktikanten

⁷ Mit unterstellten Lernenden (KV- und Informatiklernende)

Anstellungsverhältnisse
Angestellte per 31. Dezember 2019

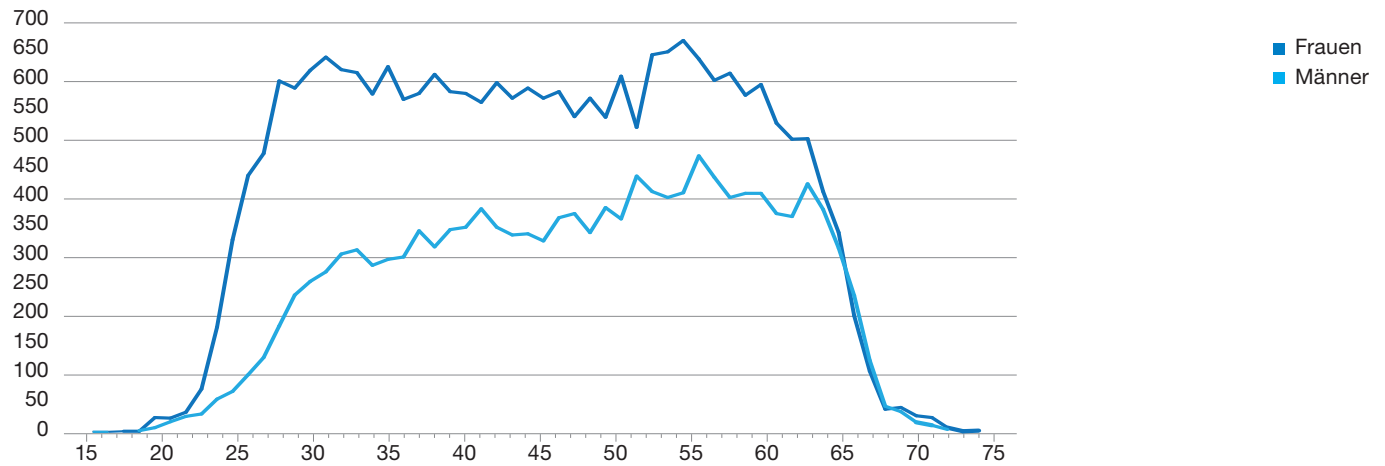
Total Direktionen und Staatskanzlei

	Total	Frauen	Männer	Vollzeit ¹	Teilzeit ²
Total Direktionen und Staatskanzlei	36 051	22 596	13 455	13 372	22 678
1 Regierungsrat und Staatskanzlei	64	26	38	39	25
2 Direktion der Justiz und des Innern	2 009	991	1 018	1 314	695
3 Sicherheitsdirektion	5 036	1 857	3 179	3 666	1 370
4 Finanzdirektion	1 041	474	567	803	238
5 Volkswirtschaftsdirektion	841	456	385	609	232
6 Gesundheitsdirektion	451	280	171	281	170
7 Bildungsdirektion	24 778	17 900	6 878	5 536	19 241
8 Baudirektion	1 831	612	1 219	1 124	707

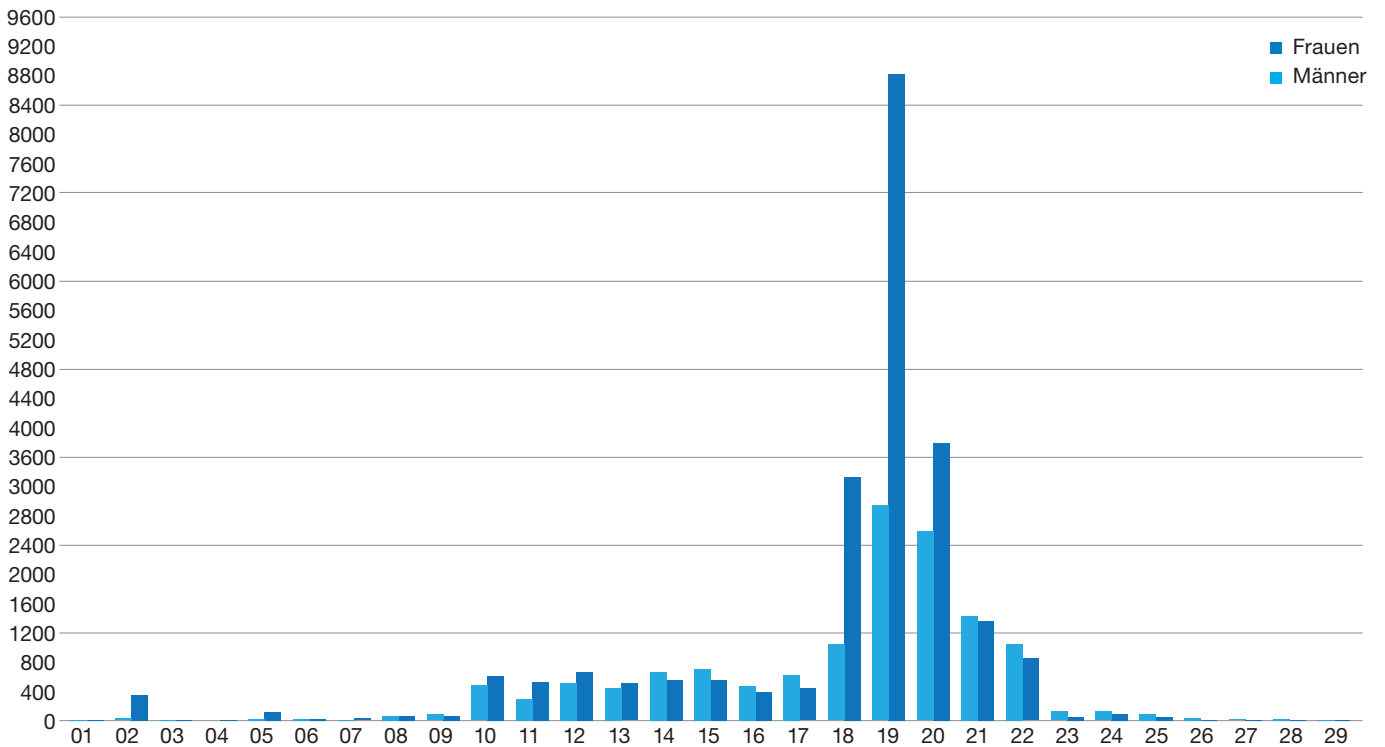
¹ Vollzeit = Beschäftigungsgrad ≥ 90%

² Teilzeit = Beschäftigungsgrad < 90%

Altersaufbau 2019 (Anzahl Anstellungsverhältnisse Frauen und Männer nach Alter)



Anzahl Anstellungsverhältnisse Frauen und Männer nach Lohnklassen 2019



Immobilien

Gebäudezustand der Immobilien im Verwaltungs- und Finanzvermögen

Die Baudirektion erfasst periodisch den baulichen Zustand und den erforderlichen laufenden Instandhaltungsbedarf. Die dadurch gewonnenen Erkenntnisse erlauben den gezielten Einsatz von Mitteln für die Werterhaltung der Gebäude, wodurch Folgeschäden und damit verbundene Mehrkosten vermieden werden können. Für die Analyse werden alle Liegenschaften mit einem Gebäudeversicherungswert von mindestens 1 Mio. Franken he-

rangezogen. Als Beurteilungskriterium wird das Verhältnis von Zustands- zu Neuwert (Z/N-Wert) ermittelt. Ein Wert von 1.0 entspricht dem Z/N-Wert eines Neubaus.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 715 Objekte im Verwaltungs- und Finanzvermögen analysiert und die Zustandswerte neu überprüft. Der durchschnittliche Z/N-Wert per 31. Dezember 2019 liegt neu bei 0.76.

Tabelle 1: Analyse Zustands- zu Neuwert 2015–2019 (Stand 31. Dezember 2019)

Gebäude über 1 Million Franken Versicherungswert		2015	2016	2017	2018	2019
Zustands-/Neuwert Gesamtportfolio		0.76	0.75	0.73	0.72	0.76
Guter Zustand	Z/N-Wert 1.00–0.85	20%	21%	22%	22%	30%
Leicht schadhafter Zustand	Z/N-Wert 0.85–0.70	62%	62%	64%	63%	48%
Schlechter Zustand	Z/N-Wert 0.70–0.50	16%	14%	13%	14%	19%
Sehr schlechter Zustand	Z/N-Wert 0.00–0.50	2%	3%	1%	1%	3%

Mietverträge mit Dritten

Im Berichtsjahr wurden zusätzliche Flächen von total 13968m² angemietet. Der Nettojahresmietzins für diese zusätzlichen Flächen beträgt total Fr. 1 404 089. Tabelle 2 zeigt eine Übersicht der insgesamt angemieteten Flächen und Mietkosten pro Direktion.

Tabelle 2: Mietverträge mit Dritten: Flächen (in m²) und Mietkosten (Stand 31. Dezember 2019)

	Total Mietfläche	Büro	Unterricht/ Schule	Diverse ¹	Anzahl Parkplätze	Nettomiete in Fr.
Direktion, Nutzer						
Direktion der Justiz und des Innern	32 409	25 789	0	6 620	134	9 072 048
Sicherheitsdirektion	81 369	46 321	400	34 648	1 118	18 627 626
Finanzdirektion	22 391	21 583	0	808	134	6 103 556
Volkswirtschaftsdirektion	27 831	26 192	0	1 639	90	7 649 880
Gesundheitsdirektion	12 924	11 741	0	1 183	21	5 650 547
Bildungsdirektion	364 150	47 121	276 001	41 028	886	92 859 226
Baudirektion	28 897	7 779	4 263	16 856	122	4 749 744
Total Direktionen	569 971	186 525	280 664	102 782	2 505	144 712 626
Steuerrekursgericht	869	762	0	107	0	211 560
Notariate	17 169	14 418	0	2 751	73	3 690 101
Finanzkontrolle	591	563	0	28	0	201 752
Total Mietverträge	588 599	202 268	280 664	105 667	2 578	148 816 039

¹ Archiv/Lager, Aussenanlagen, Hallen usw.

Einhaltung der Büroflächenstandards in der Zentralverwaltung

Die Flächenstandardvorgaben werden teilweise erreicht. Die erfolgten Veränderungen sind auf Einzelmassnahmen zurückzuführen. Die im Vergleich zum Flächenstandard höheren Werte in der engeren Zentralverwaltung sind vorübergehender Natur. In diesem Bereich müssen für die zu erwartenden Sanierungen der Liegenschaften Rochadeflächen freigehalten werden.

Tabelle 3: Flächenbelegungswerte in der Zentralverwaltung pro Direktion

	Objekte mit Flächenstandardvorgabe 14.5 m ² /Arbeitsplatz (AP)				Objekte mit Flächenstandardvorgabe 17 m ² /Arbeitsplatz (AP)			
	2005	2018	2019	Differenz 2016/2019	2005	2018	2019	Differenz 2016/2019
	m ² /AP	m ² /AP	m ² /AP	m ² /AP	m ² /AP	m ² /AP	m ² /AP	m ² /AP
Direktion	–	–	–	–	21.6	17.0	16.3	–0.7
Staatskanzlei	–	–	–	–	21.6	17.0	16.3	–0.7
Direktion der Justiz und des Innern	19.6	18.2	17.0	–1.2	22.3	17.6	19.0	1.4
Sicherheitsdirektion	19.4	16.1	15.4	–0.7	26.7	18.2	17.3	–0.9
Finanzdirektion	27.6	–	15.0	–	21.0	15.4	16.9	1.5
Volkswirtschaftsdirektion	17.3	14.9	15.4	0.5	24.8	16.4	15.5	–0.9
Gesundheitsdirektion	20.8	16.7	16.8	0.1	21.2	15.0	13.5	–1.5
Bildungsdirektion	14.7	15.6	14.8	–0.8	21.8	14.6	15.3	0.7
Baudirektion	21.1	18.6	16.6	–2.0	20.3	17.3	17.4	0.1

Mieterträge und Rendite im allgemeinen Finanzvermögen

Tabelle 4 zeigt eine Übersicht über den Marktwert und die Soll-Nettomieten der Anlagen im allgemeinen Finanzvermögen nach der Nutzungsart:

Tabelle 4: Segmentierung/Liegenschaftstypen (Nutzung)

	Anzahl	Anzahl in %	Marktwert in Mio. Fr.	Marktwert in %	Soll-Netto- mietertrag in Mio. Fr.
Wohnen	163	51	219.2	33	7.2
Wohnen/Geschäft	55	17	74.1	11	2.7
Geschäft	57	18	207.0	31	7.0
Spezialliegenschaften	42	13	167.2	25	2.6
Total	317	100	667.5	100	19.5

Am 31. Dezember 2019 betrug die aktuelle Bruttorendite 2,9 Prozent. Sie zeigt das Verhältnis der Soll-Nettomiete zum Marktwert der bebauten Liegenschaften. Die aktuelle Nettorendite belief sich per 31. Dezember 2019 auf 2,0 Prozent. Diese zeigt das Verhältnis der Nettoerträge zum Marktwert der bebauten Liegenschaften.



Im Berichtsjahr waren über 80 000 Geräte im kantonalen Netzwerk eingebunden. Mit der voranschreitenden Digitalisierung und durch **Technologieentwicklungen**, z.B. im Bereich Wireless oder smarte Sensoren, wird diese Zahl in Zukunft markant steigen.

Informatik

Wichtige Entwicklungen 2019

Übertrag der IKT-Grundversorgung von den Direktionen in das Amt für Informatik

Im Berichtsjahr haben die Volkswirtschaftsdirektion ihre IKT-Grundversorgung und die Sicherheitsdirektion einen Teil ihrer IKT-Grundversorgung (IBIS-Verbund) dem Amt für Informatik übertragen. Zusätzlich sind die Service Center Collaboration (E-Mail) und PKI (Zertifikate) aus der Direktion der Justiz und des Innern in das Amt für Informatik integriert worden.

Für weitere Hauptereignisse des Ressourcenbereichs Informatik wird auf die beiden Punkte «Digitaler Wandel Sekundarstufe II» (siehe Seite 7) und «Umsetzung Strategie digitale Verwaltung und IKT-Strategie» (siehe Seite 26) in den Schwerpunkten des Regierungsrates verwiesen.

Wichtige Ergebnisse 2019

Merkblatt IKT-Vorhaben für die Direktionen und die Staatskanzlei

Das Merkblatt beschreibt die Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik sowie den Gremien SDI und OIS bei IKT-Vorhaben der Direktionen und der Staatskanzlei betreffend Fach- und Kantonsapplikationen sowie der IKT-Grundversorgung. Damit ist die vom Regierungsrat in Beschluss Nr. 383/2018 festgelegte Kompetenzregelung weiter ausgeführt worden (Abbildung 4 «Entscheidungsabläufe bei Vorhaben für Fach- und Kantonsapplikationen sowie der IKT-Grundversorgung»). Das Merkblatt beantwortet, welche IKT-Vorhaben wann wem und wie vorgelegt werden müssen.

Das Merkblatt gilt bis zur endgültigen Regelung der verwaltungsweiten IKT-Prozesse im Rahmen des Projekts «Organisation, Steuerungs- und Führungsprozesse» (IKT-Projekt 10.10 OSF).

Neun Projekte im IKT-Programm freigegeben

Mitte des Berichtsjahres hat der Regierungsrat mit Beschluss Nr. 625/2019 neun von insgesamt zwölf Projekten im IKT-Programm freigegeben (siehe auch nachfolgend Status der Projekte im Programm).

Mit demselben Beschluss hat der Regierungsrat eine zusätzliche Ausgabe von 9,4 Mio. Franken für das Programm zur Umsetzung der kantonalen IKT-Strategie bewilligt, nachdem 1,8 Mio. Franken bereits mit Beschluss Nr. 383/2018 zur IKT-Strategie bewilligt worden sind. Die gesamte für das IKT-Programm zur Verfügung stehende Ausgabensumme beträgt damit 11,2 Mio. Franken (einschliesslich Reserven von rund 5 Prozent oder Fr. 523 000).

Für weitere Informationen zu den Ergebnissen des IKT-Programms wird auf den Punkt «Umsetzung Strategie digitale Verwaltung und IKT-Strategie» (siehe Seite 26) in den Schwerpunkten des Regierungsrates verwiesen.

Zielerreichung 2019 im IKT-Programm

Im Folgenden ist der Status des Programms zur Umsetzung der IKT-Strategie per Ende Dezember 2019 dargestellt.

Status der Projekte

Projekte	Gesamt	Termine	Kosten	Aufwand	Risiken	aktuelle Phase
10.10 Organisation Steuerungs-/Führungsprozesse (OSF)	●	●	●	●	●	Konzept
10.20 IKT-Verrechnung (VRG)	●	●	●	●	●	Konzept
10.30 IKT-Controlling (CTL)	●	●	●	●	●	Realisierung
20.10 IKT-Sicherheit (SEC)	●	●	●	●	●	Konzept
30.10 Digitaler Arbeitsplatz (DAP)	●	●	●	●	●	Konzept
30.20 Identitäts- und Zugriffsmanagement (IAM)	●	●	●	●	●	Konzept
30.30 UCC/Messaging (UCC)	●	●	●	●	●	Konzept
30.40 Plattformen und Rechenzentren (PRZ)	●	●	●	●	●	Initialisierung
30.50 Netzwerk (NET)	●	●	●	●	●	Konzept
30.60 IKT-Grundversorgung Sek II (MBA)	○	○	○	○	○	Noch nicht begonnen
40.10 Aufbau- und Ablauforganisation AFI (AFI)	●	●	●	●	●	Konzept
40.20 Beschaffung (BSG)	○	○	○	○	○	Noch nicht begonnen

Grün: Programm auf Kurs, Gelb: Programm gefährdet, Rot: Programm stark gefährdet

In verschiedenen Projekten ergeben sich zeitliche Verzögerungen im Abschluss der Konzeptphase von rund zwei bis drei Monaten. Allerdings ist anzunehmen, dass eine Kompensation im weiteren Projektverlauf möglich ist und so die Projekte plange-

mäss abgeschlossen werden können. Im Projekt 10.20 IKT-Verrechnung wird derzeit eine neue Planung geprüft, um die Termine auf das übergeordnete Projekt der Finanzverwaltung betreffend interne Verrechnung abzustimmen.

Übersicht Ausgabenbewilligung

Ausgaben in Mio. Franken per Ende Berichtszeitpunkt; Ausgabenbewilligung gemäss RRB Nr. 625/2019



Weitere Informationen

Künftige Darstellung des Funktionsbereichs Informatik

Die künftige Darstellung des Funktionsbereichs Informatik im Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) sowie im Geschäftsbericht (jeweils Teil I des Regierungsrates, Ressourcen, Informatik) ist im Projekt IKT-Controlling selbst Gegenstand des Programms zur Umsetzung der IKT-Strategie.

Verweise auf wichtige Informationen

- Überblick Finanzdirektion, Teil II des Geschäftsberichts 2019
- Leistungsgruppe Nr. 4610, Amt für Informatik, Teil II des Geschäftsberichts 2019
- RRB Nr. 260/2019: Projekt «IKT-Grundversorgung an den kantonalen Schulen der Sekundarstufe II»
- RRB Nr. 625/2019: Projekte im Programm zur Umsetzung der kantonalen IKT-Strategie, Freigabe, zusätzliche Ausgaben, Stellenplan
- RRB Nr. 383/2018: Kantonale IKT-Strategie
- Kantonale IKT-Strategie: afi.zh.ch → Strategie

Allgemeiner Geschäftsgang

Am 6. Mai wählte der Regierungsrat Carmen Walker Späh zu seiner Präsidentin und Dr. Silvia Steiner zu seiner Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2019/2020.

2019 2018

Regierungsratssitzungen

Sitzungen	45	44
Regierungsratsbeschlüsse	1220	1288
– Rekurse	43	49

Geschäfte des Regierungsrates

Geschäftseingänge	1541	1225
--------------------------	------	------

Parlamentarische Vorstösse

Einreichungen

Motionen	29	24
– davon Leistungsmotionen		
Postulate	72	47
– davon dringlich erklärte (dringliche)	8	12
Interpellationen	9	7
Anfragen	208	216
– davon dringliche	4	14

Überweisungen des Kantonsrates

Motionen	4	2
– davon Leistungsmotionen		
– davon als Postulat		
Postulate	48	17
– davon dringliche	8	2

Volksinitiativen

Einzelinitiativen (vorläufig unterstützt)
Behördeninitiativen (vorläufig unterstützt)

Stellungnahmen des Regierungsrates

Motionen	19	22
– davon Leistungsmotionen		
Postulate	27	28
– davon dringliche	11	9
Entgegennahmen (Motionen und Postulate)	51	22

Beantwortungen des Regierungsrates

Interpellationen	6	11
Anfragen	213	205
– davon dringliche	5	12

Berichte und Anträge des Regierungsrates

Motionen	2	1
– davon Leistungsmotionen		
Postulate	14	16
– davon dringliche	3	2
Ergänzungsberichte		1
Volksinitiativen	4	1
Einzelinitiativen		2
Behördeninitiativen		
Gegenvorschläge (konstruktives Referendum)		

Rückzüge

Motionen	2	
Postulate	4	5
Interpellationen	1	1
Anfragen		
Volksinitiativen		
Einzelinitiativen		
Behördeninitiativen		

Im renovierten Haus zum Rechberg und im Kutscherhaus ergänzen **moderne architektonische Elemente** die barocke Ästhetik. Neben den Parlamentsdiensten belegen auch die Kommissionen des Kantonsrates eigene Räumlichkeiten.

Rechtsetzung

Die Redaktionskommission des Regierungsrates hat an 17 Sitzungen insgesamt 24 Vorlagen der Direktionen über Anträge zum Erlass von Gesetzen und Verordnungen behandelt.

Der Regierungsrat hat über folgende Gesetze und Verordnungen Beschluss gefasst:

Gesetze

	Art	Antrag Regierungsrat
Lotteriefondsgesetz	N	30. Januar 2019
Gewaltschutzgesetz, Stalking	Ä	20. März 2019
Planungs- und Baugesetz sowie Strassengesetz, Bahntransport von Aushub und Gesteinskörnung	Ä	3. April 2019
Sozialhilfegesetz, Weitergabe Sozialhilfe-Dossier und Übernahme von Auflagen, Weisungen und Sanktionen	Ä	3. April 2018
Hundegesetz, Ausbildungsverpflichtung	Ä	17. April 2019
Polizeigesetz, Nennung der Nationalität bei Polizeimeldungen	Ä	17. April 2019
Steuergesetz, Maklerprovisionen, Gewinne aus Geldspielen, steuerliche Massnahmen im Gebäudebereich, internationale Steuerauscheidung	Ä	22. Mai 2019
Steuergesetz, Quellenbesteuerung des Erwerbseinkommens	Ä	22. Mai 2019
Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess, Anpassung des kantonalen Rechts an das Ordnungsbussengesetz vom 18. März 2016	Ä	26. Juni 2019
Gesetz über die Finanzierung von Massnahmen für den Natur- und Heimatschutz, Gegenvorschlag zur Natur-Initiative	Ä	20. November 2019
Fachhochschulgesetz, Personal der Zürcher Fachhochschule	Ä	18. Dezember 2019

N = Neuer Erlass
Ä = Änderung

Verordnungen (Auswahl)

	Art	Beschluss Regierungsrat
Vollzugsverordnung zur Lebensmittel- und Gebrauchsgegenstände-gesetzgebung	N	5. März 2019
Verordnung über den Jugendschutz bei öffentlichen Filmvorführungen und Trägermedien	N	27. März 2019
Verordnung über die Aufnahme in die Maturitätsschulen im Anschluss an die Sekundarstufe und nach Abschluss der beruflichen Grundbildung	N	3. April 2019
Vollzugsregelung zum Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Entschädigung der Mitglieder des Regierungsrates vom 31. August 2015	N	10. April 2019
Verkehrerschliessungsverordnung	N	17. April 2019
Verordnung zum Sozialhilfegesetz	Ä	17. April 2019
Vollzugsverordnung zum Personalgesetz	Ä	17. April 2019
Lehrpersonalverordnung	Ä	17. April 2019
Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung	Ä	8. Mai 2019
Gemeindeverordnung	Ä	22. Mai 2019
Kantonspolizeiverordnung	Ä	22. Mai 2019
Volksschulverordnung	Ä	12. Juni 2019
Verordnung über die Bewilligung im Bereich der ausserfamiliären Betreuung	Ä	12. Juni 2019
Besondere Bauverordnung I	Ä	10. Juli 2019
Bauverfahrensverordnung	Ä	10. Juli 2019
Verordnung über die Informationsverwaltung und -sicherheit	N	3. September 2019
Waffenverordnung	Ä	2. Oktober 2019
Landwirtschaftsverordnung	N	23. Oktober 2019
Deponienachsorgeverordnung	N	23. Oktober 2019
Verordnung über die Information und den Datenschutz	Ä	23. Oktober 2019
Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung	Ä	23. Oktober 2019
Verordnung über die tripartite Kommission für arbeitsmarktliche Aufgaben und die Kontroll-behörde gemäss Entsendegesetz	Ä	30. Oktober 2019
Bibliotheksförderungsverordnung	Ä	6. November 2019
Bauverfahrensverordnung	Ä	20. November 2019
Verordnung zum Steuergesetz	Ä	20. November 2019
Verordnung über die Studiengebühren an der Zürcher Fachhochschule	Ä	4. Dezember 2019
Verordnung über die Durchführung der pauschalen Steueranrechnung	Ä	10. Dezember 2019
Einführungsverordnung zur Verordnung über die Einschränkung der Zulassung von Leistungs-erbringern zur Tätigkeit zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung	N	10. Dezember 2019
Kantonale Ordnungsbussenverordnung	N	10. Dezember 2019
Kantonspolizeiverordnung	Ä	18. Dezember 2019

N = Neuer Erlass
Ä = Änderung

Finanzvorlagen

Ausgabenbeschlüsse 2019

Die folgende Liste enthält alle Beschlüsse zu Ausgaben von mehr als 3 Mio. Franken (einmalig) bzw. mehr als Fr. 300 000 (jährlich wiederkehrend), die der Regierungsrat in eigener Kompetenz fasste. Es handelt sich um gebundene Ausgaben gemäss § 37 Abs.2 des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (LS 611) bzw. §§ 2 und 3 Abs.2 des Staatsbeitragsgesetzes (LS 132.2), die deshalb keiner Ausgabenbewilligung des Kantonsrates bedürfen (Art. 56 Abs. 2 Kantonsverfassung, LS 101).

In der Aufstellung nicht enthalten sind die Ausgaben, welche die Direktionen aufgrund der Kompetenzdelegation gemäss § 39 lit. c und d der Finanzcontrollingverordnung (LS 611.2) bewilligten, sowie die Ausgabenbewilligungen der zuständigen Organe des Konsolidierungskreises 2 (Behörden und Rechtspflege) und der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten.

Datum	RRB-Nr.	Gegenstand	Betrag in Fr.
16. Januar	14	Verein okaj Zürich, Beitragsberechtigung, Erneuerung, Subvention (wiederkehrend)	420 000
16. Januar	22	Strassen, Lindau, Pfäffikerstrasse, Instandsetzung	4 795 000
16. Januar	24	Liegenschaften, Zollstrasse 20/36, Zürich, Planungskredit	4 400 000
30. Januar	63	Universität Zürich Irchel, 1. Bauetappe, Winterthurerstrasse 190, Ertüchtigung Gebäudetechnik	21 660 000
30. Januar	67	Strassen, Uetikon a. S./Männedorf, Gseck-/Aufdorfstrasse, Instandsetzung	5 000 000
6. Februar	94	Kantonspolizei, Ersatzbeschaffung IT-Arbeitsplatz-Hardware und Hardware-Dienstleistungen	8 900 000
27. Februar	160	United School of Sports AG, Kostenanteil	10 000 000
27. Februar	161	KV Zürich Wirtschaftsschule, Kostenanteil	167 280 000
27. Februar	174	Sozialversicherungsanstalt, Anpassung IT	3 428 200
13. März	238	ZHAW Winterthur, Campus Technikumstrasse, Projektierung «Campus T», 1. Etappe	23 800 000
27. März	279	Wasserbau, Instandsetzung Hochwasserentlastungskanal an der Eulach in Winterthur Hegi	9 000 000
10. April	327	Kantonsschulen Freudenberg und Enge Zürich: Aula, Teilinstandsetzung Gebäudehülle	3 490 000
10. April	332	Versorgungsnotwendige Sonderleistungen von Listenspitälern, Subventionen 2019	83 000 000
10. April	337	PJZ Polizei- und Justizzentrum Zürich, zusätzliche gebundene Ausgaben	48 500 000
17. April	362	Durchgangszentrum Volketswil, Ermächtigung zum Mietvertragsabschluss, gebundene Ausgabe	7 227 000
17. April	379	Baugewerbliche Berufsschule Zürich, Rückbau und Ersatzneubau Limmatstrasse/Hafnerstrasse, Projektierung, vorgezogene Ausführungsplanung	5 571 000
24. April	413	Elektrifizierung Buslinien 69 und 80, Staatsbeitrag für die Projektierung	3 414 900
24. April	432	Rechenzentrum Lärmschutzhügel Weiningen	11 931 431
24. April	434	Konzept zur Umsetzung der Integrationsagenda im Rahmen des kantonalen Integrationsprogramms 2018–2021 (KIP 2)	66 700 000
8. Mai	440	Berufsbildung, Modeco, Ausgabenbewilligung Grundbildung 2019–2023, Kostenanteil	8 800 000
5. Juni	527	«Zürcher Arbeitsgemeinschaft für Weiterbildung der Lehrpersonen des Kantons Zürich (wiederkehrend)»	420 000
12. Juni	573	Relaunch Internetauftritt des Kantons Zürich, Umsetzung	3 962 400
12. Juni	573	Relaunch Internetauftritt des Kantons Zürich, Umsetzung (wiederkehrend)	739 300
19. Juni	580	Kantonspolizei, Verlängerung des IT-Rahmenvertrags 2020–2023	33 600 000
26. Juni	625	Programm zur Umsetzung der kantonalen IKT-Strategie	9 400 000
3. Juli	650	Justizvollzugsanstalt Pöschwies, Versorgungsbetriebe und Werkstätten, Modernisierung und Instandsetzung	17 695 000
3. Juli	652	Strassen, Stallikon, 650 Reppischtalstrasse, Aumüli bis Ägerten, Instandsetzung	3 170 000
3. Juli	658	Dienstleistungen für Case Management	6 500 000
3. Juli	662	Careum AG Bildungszentrum für Gesundheitsberufe, Kostenanteil	69 640 000
10. Juli	680	Kantonspolizei, Verkehrsstützpunkt Bülach, Instandsetzung Gebäudetechnik, gebundene Ausgabe	3 652 500
10. Juli	686	Strassen, Langnau a. A., 4 Sihltalstrasse, Gattikerstrasse bis Zufahrt Sportanlagen, Instandsetzung	3 945 000

Datum	RRB-Nr.	Gegenstand	Betrag in Fr.
21. August	710	Strassenverkehrsamt, Ersatz Fachapplikation	31 164 000
21. August	723	Strassen, Lindau, 345 Pfäffikerstrasse, Winterthurerstrasse bis Gemeindegrenze, Fahrbahninstandsetzung	3 761 000
21. August	725	Nationalstrassen, Mäharbeiten 2020–2022 auf den Nationalstrassen der GE VII	4 950 000
3. September	782	Justizvollzugsanstalt Pöschwies, Fensterersatz, gebundene Ausgabe	3 500 000
3. September	786	Strassen, Rickenbach, 353 Stationsstrasse, Strasseninstandsetzung	3 390 000
11. September	812	Kantonspolizei, Ersatz der Applikation für die Personaleinsatzplanung	5 250 000
18. September	848	Kantonsschule Limmattal, Erweiterungsneubau, Umnutzung Bestand, Rückbau provisorische Turnhallen, Projektierung sowie vorgezogene Ausführungsplanung	3 240 000
25. September	888	Projekt eEinbürgerungZH: Durchgängige Digitalisierung des Einbürgerungsverfahrens	7 260 000
25. September	889	Lotteriefonds, Entwicklungszusammenarbeit 2019	3 995 000
23. Oktober	927	Kantonspolizei, Werterhalt und Betriebsbereitschaft POLYCOM	13 728 000
23. Oktober	927	Kantonspolizei, Ersatz POLYCOM-Funkgeräte	8 272 000
23. Oktober	941	Ökumenischer Verein Paarberatung und Mediation im Kanton Zürich (wiederkehrend)	480 000
23. Oktober	943	Verein Marie Meierhofer Institut für das Kind (wiederkehrend)	580 000
23. Oktober	948	Strassen, Lindau, 766 Lindauer-/Tagelwangerstrasse, Lindau bis Tagelswangen, Schulwegsicherung/Radweg, Instandsetzung	3 545 000
23. Oktober	958	Strassen, Uster, 734 Sulzbacherstrasse, 340 Aathalstrasse, Fahrbahninstandsetzung	3 658 000
6. November	1006	Strassen, Neftenbach/Henggart, 15 Schaffhausen-/Weinlandstrasse, Zeughausstrasse (Aesch) bis Autobahnanschluss A4, Strasseninstandsetzung	5 350 000
6. November	1015	Bezirksanlage Winterthur, Projektierung und vorgezogene Ausführungsplanung	4 500 000
6. November	1015	Bezirksanlage Winterthur, Instandsetzung	22 275 000
20. November	1068	Strassen, Stäfa, 17 Seestrasse, Oberlandstrasse bis Mühlerrain, Instandsetzung	4 220 000
20. November	1072	NFA, Programmvereinbarungen Wald, vierte Programmperiode 2020–2024	25 180 000
20. November	1072	NFA, Programmvereinbarungen Naturschutz, vierte Programmperiode 2020–2024	31 400 000
27. November	1105	Gewerbliche Berufsschule Wetzikon, Gesamtinstandsetzung, Projektierung und vorgezogene Ausführungsplanung	5 740 000
27. November	1106	Altlastensanierungskosten für Schiessanlagen und Jagdschiessanlagen im Kanton Zürich	12 300 000
10. Dezember	1159	Sportfonds, Beiträge, Mitteleinsatz 2020	28 981 421
10. Dezember	1163	Schweizerisches Sozialarchiv, Beitragsberechtigung, Anerkennung, Kostenanteil (wiederkehrend)	967 107
10. Dezember	1178	Erarbeitung der Grundlagen zur Umsetzung der Strategie «Digitaler Wandel an kantonalen Schulen der Sekundarstufe II»	5 520 000
18. Dezember	1196	Institut für Epidemiologie, Biostatistik und Prävention der Universität Zürich (EBPI), Prävention/Gesundheitsförderung, Staatsbeitrag 2020–2022, Subvention	7 500 000

Volksabstimmungen

Datum	Abstimmungsgeschäft	Kantonales Ergebnis		Stimme- teiligung (Kt.) %	Eidgenössisches Ergebnis	
		Ja	Nein		Ja	Nein
10. Febr.	Eidgenössische Volksabstimmung Volksinitiative vom 21. Oktober 2016 «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)»	148 438	222 301	40.18	737 241	1 291 513
	Kantonale Volksabstimmungen					
	Hundegesetz (Änderung vom 28. Mai 2018, praktische Hundeausbildung)	109 211	249 824	40.50		
	Wassergesetz (WsG) (vom 9. Juli 2018)	165 033	198 223	40.66		
21. Mai	Eidgenössische Volksabstimmungen					
	Bundesgesetz vom 28. September 2018 über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)	259 592	134 526	42.85	1 541 147	780 457
	Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung Schengen-Besitzstand)	281 836	117 468	42.98	1 501 880	854 274
	Kantonale Volksabstimmungen keine Volksabstimmungen					
1. Sept.	Eidgenössische Volksabstimmungen keine Volksabstimmungen					
	Kantonale Volksabstimmung Steuergesetz (StG) (Änderung vom 1. April 2019, Steuervorlage 17)	138 667	109 160	27.61		

Herausgeberin

Staatskanzlei des Kantons Zürich, 8090 Zürich

Fotos Umschlag

André Roth und Marc Schmid, Zürich

Fotos Inhalt

Pascal Mora, Zürich

Elias Gmünder, Zürich (Seite 26)

Druck

Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz)

Auflage

600 Expl.

Internet

zh.ch/gb

Weitere Informationen

info@sk.zh.ch

Bezugsquelle

Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz)

Art.-Nr. 683379

ISSN-Nummer

ISSN 2504-4737

